Erscheint wochentags morgens.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Einzelverkaufspreis 10 Millionen Mk.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgegend für die 2. Oktober-Woche 30 Millionen Mark (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich freibleibender Bezugspreis. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion von 11—12 Uhr vormittags und von 4—5 Uhr nachmittags.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreise: Grundzahlen: Für die 11 mal gespalt. Millimeterzeile im Verbreitungsbezirk 50, Familienanzeigen 40, Stellengesuche 30, außerhalb 60, Finanzanzeigen 70; im Reklameteil 250. Diese Grundzahlen sind zu vervielfältigen mit der Schlüsselzahl des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Für die Woche vom 6. bis 12 Okt. ist die Schlüsselzahl 100000. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder im Konkursfalle wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 6 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Nr. 143. Donnerstag, den 11. Oktober 1923. 95. Jahrgang.

Um Ruhr und Rhein.

Das Wolff-Abkommen. — Vor den Verhandlungen. — Regierung und Industrieführer.

Frankreich und das Wolff-Abkommen.

Der „Temps" beschäftigt sich ausführlich mit der neuen Lage im Ruhrgebiet und stellt eine wesentliche Verbesserung, zumal unter Anspielung auf das mit Otto Wolff getroffene Abkommen fest.

Dieses Abkommen ist, wie der „Temps" zu wissen glaubt, bereits der Reparationskommission zur Gutheißung mitgeteilt worden. Die franko-belgische Regierung, meint der „Temps" weiter, habe mit der Unterzeichnung des Vertrages nicht nur den Verbündeten genützt, sondern sowohl der Ruhrbevölkerung wie der Berliner Regierung einen Dienst erwiesen, ersterer, weil ihr Verdienstmöglichkeiten zugesichert werden und letzterer, weil sie in den Stand versetzt werde, nach dem unabhängigen Vorgehen von Otto Wolff die **übertriebenen Forderungen des Stinneskonzerns** zurückzuweisen.

Der „Temps" erklärt ferner, aus welchem Grunde der Reichskommissar von den Besprechungen zur Wiederaufnahme der Arbeit ferngehalten wurde. Dieser Kommissar wäre dem „Temps" zufolge dem Einfluß von Stinnes unterlegen. **Statt mit dem Reich Verhandlungen zu führen, hätten die Verbündeten es mit den Ruhrmagnaten zu tun gehabt und selbstverständlich würde in den Besprechungen eine sofortige Stockung eingetreten sein.**

Nachdem die **Post- und Telegraphenbeamten** im Ruhrgebiet zur Arbeit zurückkehrten, frage es sich jetzt, ob die Eisenbahner sich bei der verbündeten Eisenbahnregie einfinden werden. Sollten sich in dieser Beziehung Unzulänglichkeiten herausstellen, was das Pariser Blatt allerdings nicht hoffen will, so liege der Verdacht nicht fern, daß gewisse Kreise — die den Wunsch an die Alliierten hätten, auf das Reichskabinett einen Akt der Erpressung auszuüben, die Hand im Spiele haben.

Das Pariser Blatt macht dann noch verschiedene Ausführungen zu dieser Frage und beurteilt im übrigen die **geplante Abschaffung der achtstündigen Arbeitszeit mit auffallender Milde.**

Wenn die Industrie in der Verwirklichung dieses Protektes auf Schwierigkeiten seitens der Arbeiter stoßen, so hätten sie sich dies infolge des passiven Widerstandes und der daraus entstandenen Arbeitsunlust selbst zuzuschreiben.

Der „Temps" schließt mit der eindringlichen Mahnung an die deutsche Regierung, sich im Einverständnis mit der Reparationskommission baldigst zu einer Geldreform zu entschließen.

Weiter behauptet der „Temps", die **Harpener Bergbaugesellschaft** habe mitgeteilt, daß sie bereit sei, **die Naturallieferungen wieder aufzunehmen.** Etwa 20 große Häuser, die Aus- und Einfuhr betreiben, hätten sich an das Büro in Bad Ems mit der Bitte um Ausstellung von Ausfuhrerlaubnisscheinen gewendet. Auch bei den interalliierten Büros in Köln und Mainz seien zahlreiche Ersuche um Erlaubnisscheine eingegangen. Die Oberpostdirektion in Frankfurt gab den Befehl, daß alle Korrespondenzen mit Bad Ems sofort zugestellt werden sollen.

* * *

Eine offizielle Pariser Meldung dementiert kategorisch die Nachricht, wonach General Degoutte im Laufe des Dienstag eine neue Unterredung mit Stinnes aber auch anderen Industriellen gehabt haben soll.

*

Eine Erklärung an der Spitze der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" besagt: Gegenüber aufgeregten Berichten über die Düsseldorfer Verhandlungen sei festzustellen, daß alle bisherigen Darstellungen falsch sind und zum großen Teil auf Berichten feindlicher Auslandspresse beruhten. Seit Sonntag befinden sich das gesamte Material und Verhandlungsprotokolle in den Händen der Regierung.

Den Blättern zufolge wird Präsidium und Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Erörterung der politischen Lage und insbesondere des Vorgehens der Ruhrindustriellen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten.

Dem „Vorwärts" zufolge fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Vertretern des Bergbaulichen Vereins über die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet statt. Am Donnerstag soll in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern über die gleiche Angelegenheit verhandelt werden.

Tirard über Ruhr und Rhein.

Der französische Delegierte in Koblenz Tirard hat einem Sonderberichterstatter des Pariser „Excelsior" seine Gedanken über die Zukunft entwickelt.

Er sagte, das Ruhrgebiet und das Rheinland seien unter dem passiven Widerstand **nicht gleichmäßig** behandelt worden und dies würde auch nicht angesichts der Einstellung des passiven Widerstandes der Fall sein.

Das Ruhrgebiet sei ein neues Pfand, einesteils sichergestellt durch alle Alliierten, die im Jahre 1920 Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt hätten, zum andern sichergestellt in der Gesamtheit durch Belgien und Frankreich allein, während das Rheinland ein Pfand sei, das der Friedensvertrag sichere. Diese Unterscheidung habe Deutschland nicht gehindert, den passiven Widerstand, der im Ruhrgebiet entfaltet werde, **auch auf das Rheinland auszudehnen.**

Unter diesen Umständen verlenne man im Augenblick der Liquidierung des passiven Widerstandes nicht, daß Deutschland im Ruhrgebiet eine Kampfmethode anwandte, im Rheinland dagegen sich einer Verfehlung gegen den Friedensvertrag schuldig gemacht habe.

Tirard sagte ferner, er habe den Vertreter des Oberpräsidenten ebensowenig empfangen, wie den Vertreter der deutschen Eisenbahnergewerkschaft. **Die Eisenbahner müßten einzeln kommen, denn höhere und mittlere Beamten gebe es überhaupt nicht mehr.** Sie seien gut ersetzt und man brauche sie nicht mehr. Was die Eisenbahnen anbetreffe, so glaube er, **daß der Betrieb auf alle Fällee den Deutschen nicht mehr übertragen werden dürfte.** Im Vertrag von Versailles hätten sie die Eisenbahnen zwar behalten, aber sie hätten sie abgegeben. Die **Regie** werde jedenfalls eines Tages in eine **Gesellschaft umgewandelt werden mit einer internationalen Verteilung, deren Kapitalien im Verhältnis zu den Reparationsanrechten stehen.** Man dürfe nicht vergessen, daß die rheinischen Eisenbahnen die einzigen produktiven Deutschlands seien, also im Falle eines Vergehens der deutschen Regierung eine wichtige Grundlage für die Reparationszahlungen bilden würden. Nach Einstellung des passiven Widerstandes sprach man von Kontrolle. Es könne nicht einfach von Kontrolle die Rede sein, man müsse „Leitung" sagen. Der zukünftige Betrieb erfolge keineswegs im Abkommen mit dem Kohlensyndikat oder mit den großen Konzernen. Der Erfolg werde besser sichergestellt, wenn man den Betrieb selbst verwalte. Er habe gesagt, wenn die Franzosen und Belgier allein ins Ruhrgebiet marschieren, so brauche man ein Jahr, um zum Ziele zu kommen. Er habe mitgeteilt, in neun Monaten habe man Erfolg gehabt.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Von unterrichteter Seite wird geschrieben: Nach der Stimmung in Gewerkschaftskreisen zu urteilen, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß in der Arbeitszeitfrage, namentlich in bezug auf den Bergbau, in kurzer Zeit ein Einvernehmen geschaffen werden kann. Man verhält sich auch in sozialdemokratischen Kreisen durchaus nicht völlig ablehnend gegenüber den Anregungen, die auf eine Verbilligung der Kohlenförderung durch erhöhte Ausnutzung der Arbeitskräfte hinzielen. Allerdings ist man der Ansicht, daß eine solche Neuregelung der Arbeitszeit auf geordnetem Wege vor sich gehen müsse, und daß die Gewerkschaften sich keinesfalls durch ein überstürztes Vorgehen der Arbeitgeber, wie es durch die plötzliche Verfügung der veränderten Arbeitszeit durch den Bergbaulichen Verein versucht wurde, in ihrer Stellungnahme in die Frage beeinflussen lassen. Man fordert ferner, daß im Falle einer Neuregelung auch die Preiskalkulation, die nunmehr seit etwa einem Jahre ohne eingehende Kontrolle vor sich gegangen sei, einer schärferen Nachprüfung zu unterziehen sei. Man glaubt, daß eine solche Revision der Selbstkosten bereits eine Senkung des Preisniveaus herbeiführen könnte und fordert weiter den Abbau der Kohlensteuer, da diese alle Lebensbedürfnisse und alle Produktion sehr stark verteuere, der Ertrag aber durch die Mehrkosten im Staatshaushalt verschlungen werde. Man berechnet übrigens den Förderausfall während der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet auf 75 Millionen Tonnen, die Einfuhr englischer Kohle auf 22 Millionen. Beides entspricht einem Werte von 2,5 Milliarden Goldmark.

*

Auf den Zechen des Ruhrbergbaues ist durch Anschlag folgende Bekanntmachung erfolgt:

Der rheinisch-westfälische Bergbau hat durch eine Bekanntmachung den Versuch gemacht, eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit wieder einzuführen, weil er dies nach seinem pflichtmäßigen Ermessen für das einzige Mittel hielt, um noch größere Not in der Bevölkerung zu verhindern.

Die Regierung und die Gewerkschaften haben gegen die Durchführung dieses Beschlusses Stellung genommen und sind in Verhandlungen darüber eingetreten. **Wir müssen für die Folgen, die aus dieser Verzögerung sich ergeben, die Verantwortung ablehnen und lassen vorläufig die bisherigen Arbeitszeiten bestehen.**

*

Die Belegschaften sämtlicher Zechen des Ruhrbergbaues waren der Parole der Bergarbeiterverbände gefolgt und hatten die bisherige Arbeitszeit überall eingehalten.

Regierung und Industrieführer.

Zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und den Führern der Industrie haben am Dienstag im Reichstage einleitende Besprechungen über die Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet stattgefunden.

*

Der **wirtschaftspolitische Ausschuß des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände** hat einstimmig beschlossen, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten. Maßgebend für diesen Beschluß war die Erwägung, daß das Schwerindustrie-Unternehmertum durch in seinem Interesse getroffene Maßnahmen, die gegen die Lebensinteressen der gesamten Nation verstoßen, sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinweggesetzt habe. Damit seien die Voraussetzungen für ein **ersprießliches Zusammenarbeiten** in der Zentralarbeitsgemeinschaft zerstört. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes hat den **großen Ausschuß des Ringes zur endgültigen Beschlußfassung einberufen.**

*

Im Gegensatz zu anderen Meldungen behauptet die „Vossische Zeitung", daß **wenig Aussicht auf Fortbestehen der Zentralarbeitsgemeinschaft** bestehe. Nach dem gestern früh bekannt gewordenen Austrittsantrag des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Gewerkschaftsringes teilt der Afa-Bund mit, daß eine große Organisation schon vor längerer Zeit ihre Vorstände beauftragt hätte, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen, die im übrigen schon seit Monaten praktisch ihre Tätigkeit eingestellt hätte.

Ein deutsches Weißbuch über die Reparation.

Dem Reichstage ist ein Weißbuch zugegangen, welches Aktenstücke zur Reparationsfrage vom 28. Dezember 1922 bis Juli 1923 umfaßt. Das Weißbuch enthält die Beschlüsse der Reparationskommission, sowie Noten derselben an die Reichsregierung und die Antworten der Reichsregierung auf diese Noten.

Ein Zentner Kohle über eine halbe Milliarde.

Wie das Kohlenamt mitteilt, erhöhen sich nach dem amtlichen Dollarstand vom 9. d. Mts. die Preise für einen Zentner Briketts ab 10. d. M. frei Keller auf 519 910 000 und für einen Zentner Gaskoks auf 302 900 000 Mark.

Ein neuer Verhandlungsschritt der Reichsregierung.

Merkwürdigerweise über Paris wird folgender neuer Verhandlungsschritt der deutschen Reichsregierung bekannt. So veröffentlicht Havas folgende offenbar halbamtliche Erklärung:

Die deutsche Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel eine neue Demarch bei der französischen und der belgischen Regierung unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den besetzten Gebieten teilzunehmen. Man erinnere sich, daß sie bereits unlängst den Wunsch ausgesprochen hatte, die Einstellung des passiven Widerstandes zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reiche, vertreten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört habe. Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Kohlenlieferungen zum Vorwand nehmen, um neue Verhandlungen einzuleiten, aber man hat allen Grund, anzunehmen, daß ihre Hoffnung in dieser Richtung enttäuscht wird und daß Ministerpräsident Poincaré in der Unterredung, die er am Mittwoch mit dem deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat Hösch haben wird, sich weigern wird, in dieser Hinsicht Befriedigung zu gewähren. Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Besetzung organisiert hatten. Aber sie sind sehr geneigt, direkt mit den örtlichen Behörden oder mit den örtlichen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Arrangements über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das durch die alliierte Kontrollkommission mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hinlänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch ist. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege ist und in den nächsten Tagen allgemein wird, verlängern. Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs wünschenswert noch nützlich. Im Gegenteil, soweit die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, steht es dem Reichskanzler Dr. Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absichten bekannt zu geben und zu verlangen, über die zukünftigen Verhandlungen der Reparationskommission gehört zu werden. In ihr und nur in ihr allein müssen sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland vollziehen. Der Reparationskommission ist übrigens bereits der Text des Goldabkommens übermittelt worden, damit sie prüfen kann, ob die Festsetzung dieses Abkommens mit ihren eigenen Entscheidungen im Einklange stehe.

Havas meldet weiter, daß der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat von Hösch am Mittwoch vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen werden wird. Die Demarche, die Hösch auszuführen habe, sei ähnlich der, die durch den deutschen Geschäftsträger in Brüssel bei der belgischen Regierung ausgeführt würde.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet, wenn der Vorschlag der deutschen Regierung günstig aufgenommen wird, und die französisch-belgisch-deutsche Kommission zur Schaffung der Grundlagen für die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens im Ruhrgebiet gebildet werde, so werde Belgien in ihr vertreten sein durch die Delegierten Rollein, Jacquemines und den Leiter der belgischen Mission Hannecart.

Nach einer weiteren Pariser Meldung geht der deutsche Vorschlag dahin, eine gemischte Kommission aus Vertretern dieser drei Nationen zu bilden. Nach einer Meldung des „Intransigeant" aus Brüssel habe Jasper dem deutschen Geschäftsträger Dr. Rödiger erklärt, daß er die deutschen Vorschläge der französischen Regierung mitteilen werde. Er hätte sorgfältig hinzugefügt, daß man von der deutschen Regierung Beweise ihres guten Willens erwarte namentlich in der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit durch die deutschen

Eisenbahner, sowie in der Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen mit Hilfe der deutschen Regierung.

Der Sonderberichterstatter des „Excelsior" berichtet über ein Gespräch mit dem Direktor des Informierungs-Bureaus der Stinnesgruppe, Herrn Humann. Der französische Korrespondent fragte Herrn Humann, welche Auffassung Stinnes von der Stresemann-Regierung habe. Darauf erwiderte der Direktor, man könne mitteilen, daß die Zusammensetzung und die politische Richtung eines jeden Kabinetts Herrn Hugo Stinnes völlig kalt läßt, solange dieses Kabinett nicht den Willen zeigt, in das Wirtschaftsleben unseres Volkes und Landes Ordnung zu bringen. Wir haben einer jeden Regierung unsere Unterstützung zugesichert, auch derjenigen des Herrn Stresemann bis zu dem Augenblick, wo wir einsahen, daß sie sich zur Ausführung der nationalen Finanzreform und des Rettungswerkes überhaupt unfähig zeigte. Der Korrespondent erkundigte sich dann noch über die Beziehungen zwischen Stinnes und Ludendorff. Zum Schluß ermächtigte Humann die Pressberichterstatter zu folgender Erklärung: Hugo Stinnes war einer Verständigung mit Frankreich seither zugeneigt, doch ist er ein erbitterter Gegner jeden Zwanges gegenüber Deutschland. Er vertritt nichtsdestoweniger die Meinung und stellt sich auf diesen Standpunkt, daß eine Verständigung mit Frankreich nur durch die Zahlung der Reparationen erleichtert werden könne.

Frankreich und die ausgewiesenen Eisenbahner.

Das „Journal" hatte dieser Tage in einem scheinbar inspirierten Artikel behauptet, daß nur Eisenbahner rheinischer Herkunft auf ihre Posten zurückkehren dürfen.

Diese Nachricht scheint letzten Informationen zufolge in dieser Fassung nicht den **wahren Absichten der interalliierten Eisenbahnerregie** zu entsprechen. Die Herkunft der Beamten dürfte für ihre Wiedereinstellung vielmehr keine Rolle spielen und den Rheinländern diesbezüglich keine Ausnahmebehandlung zuteil werden; doch geht die Eisenbahnerregie von der Tatsache aus, daß vorzüglich preußische Beamte sich strafbarer Handlungen zu Schulden kommen ließen und hauptsächlich aus diesem Grunde eine starke Auslese unter ihnen vorzunehmen sein werde.

Wie der „Petit Parisien" erfährt, hat die interalliierte Eisenbahnbehörde über alle in den Ausstand getretenen Eisenbahner einen ausführlichen Personalbogen angelegt. Für die eingetragenen Bemerkungen war bestimmend, daß eine Reihe von Beamten aus Furcht vor Berlin die Arbeit niederlegte und andere dagegen Sabotageakte verübten und unverkennbar schlechten Willen an den Tag legten. Sämtliche Akten werden sorgfältig geprüft und Beschlüsse sollen nur unter Berücksichtigung allgemeiner individueller Fragen gefaßt werden. Die Rückkehr der deutschen Eisenbahner sämtlicher Grade bedeutet keinesfalls, daß die Eisenbahndirektion den deutschen Beamten von neuem übertragen werde. Die Franzosen und Belgier behalten vielmehr die Führung der Regie in der Hand.

*

Eine Dortmunder Meldung der „R. W. Z." besagt übrigens, daß die Besatzungsbehörde aus Düsseldorf angewiesen worden sei, vorläufig keine Eisenbahner mehr auszuweisen.

Frankreich und England.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt: Poincaré kümmere sich nicht länger um Baldwin und Curzon. Die Vorschläge, die auf der britischen Reichskonferenz mit Bezug auf die Einberufung einer internationalen Konferenz unterbreitet worden seien, würden in Paris wiederum eine kühle Aufnahme erfahren, da ersichtlich sei, daß das britische Ansehen auf dem Kontingent niemals einen so tiefen Stand hatte, wie gegenwärtig, sei es keineswegs überraschend, wenn von den Premierministern der Dominions eine scharfe Sprache gebraucht werde.

Lloyd Georges über Versailles.

Lloyd George hat in Montreal von 10 000 Personen das Wort zu einer großen Rede ergriffen. Bezüglich der politischen Lage in Europa führte Lloyd George aus, er glaube, der Versailler Vertrag werde jetzt auf die Probe gestellt und es sei denkbar, daß er versage. „Ich weiß nicht", fügte der frühere Ministerpräsident hinzu, „was die nächsten Ereignisse sein werden."

Der Papst für die deutschen Gefangenen.

Monsignore Testa hat General Degoutte das Verlangen des Papstes nach Begnadigung politischer deutscher Gefangener übermittelt.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Zur Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alliierten Kommission zur Kontrolle der Entwaffnung Deutschlands wird nach einer Mitteilung des Reuterschen Büros darauf hingewiesen, daß während der letzten Monate so gut wie keine Inspektionen stattgefunden hätten und es werde angenommen, daß diese Note Deutschland gegenüber nur zum Ausdruck bringen solle, daß die Kommission jetzt ihre Tätigkeit wieder aufnehmen werde. Es sei jedoch nicht bekannt, welche tatsächliche Bedeutung ihr beizumessen sei.

Aus der Parlamentsarbeit.

Die Regierungserklärung im preußischen Landtag.

Preußischer Landtag.

272. Sitzung vom 9. Oktober.

Ministerpräsident Braun weist zunächst auf die Gründe hin, die zum

Abbruch des passiven Widerstandes

geführt haben und erklärt unter andauernden Unterbrechungen der Kommunisten,

das deutsche Volk schulde dem Reichskanzler den größten Dank, daß er den Mut gefunden habe, die schwere Verantwortung für den Abbruch des Widerstandes auf sich zu nehmen. Auch der Rhein- und Ruhrbevölkerung, so fährt der Redner fort, sind wir zu größtem Dank verpflichtet für ihr mutiges Ausharren.

Es ist unwahr, daß wir die Gefangenen und Ausgewiesenen ihrem Schicksal überlassen wollen (erneute Unterbrechung bei den Kommunisten). Niemals werden wir unsere Bemühungen nach Befreiung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen aufgeben. Es ist bedauerlich, daß in dieser Stunde es hier Abgeordnete für richtig halten, in ihrer torbulenten Art Skandalszenen zu inszenieren. (Wiederholte Unterbrechungen und stürmische Zurufe bei den Kommunisten.)

Ministerpräsident Braun weist auf die

schlimmen Folgen der Geldentwertung,

insbesondere hinsichtlich der Ernährung und der Zunahme der Arbeitslosigkeit hin. Behörden und auch Private haben die Pflicht, helfend einzugreifen. Die Staatsregierung hat sich bereits mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit gewandt, um die äußerste Not zu mildern. Soweit es geht, werden auch Staatsmittel bereitgestellt werden müssen. Es kommt darauf an, der

vorhandenen Arbeitslosigkeit

entgegen zu wirken und Mittel für die Arbeitslosen bereitzustellen. Es ist wertvoller, die Arbeitslosen durch Ueberweisung von Arbeiten zu unterstützen, als ihnen Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, denn die letztere hat zweifellos erhebliche moralische Nachteile im Gefolge. Daher hat sich auch in den letzten Tagen die Staatsregierung fortgesetzt bemüht, die Arbeitslosenfrage vom Standpunkt der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu lösen. Gegenwärtig sind Erhebungen im Gange, um methodisch nach vom Wohlfahrtsministerium aufgestellten Richtlinien die Arbeitsgelegenheiten zu erfassen. Diese Erhebungen werden in den nächsten Tagen abgeschlossen sein. Reich, Staat und Gemeinden leiden heute gleichermaßen Not.

Wir haben leider die Tatsache zu verzeichnen, daß die Einnahmen von Reich, Staat und Gemeinden nur einen ganz geringen Bruchteil ihrer notwendigen Ausgaben decken. Durch die fortschreitende Geldentwertung ist es dahin gekommen, daß eine

große Anzahl von Steuern

nicht einmal mehr die Veranlagungskosten decken. Mit den zur Abhilfe erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen kommen wir nicht so schnell vorwärts, wie es notwendig ist. Wir müssen daher fordern, daß, nachdem der Reichstag der Reichsregierung die nachgesuchte Ermächtigung gegeben hat, auch auf diesem Gebiete Abhilfe geschaffen wird in der Richtung, daß die Einnahmen der von Reich, Staat und Gemeinden erhobenen Steuern automatisch mehr und mehr wertbeständig gestaltet werden. Nur dann sind Reich, Staat und Gemeinden in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Aber das allein genügt nicht. Wir haben auch in Preußen weiterhin die dem Staate noch verbliebenen Steuerquellen bis zum letzten auszuschöpfen. Ueber das eine aber müssen wir uns klar sein: Alle Maßnahmen auf finanzpolitischem Gebiet werden solange wirkungslos bleiben, als die

Unruhe und die Unsicherheit aus unserem Wirtschaftsleben

nicht geschwunden ist, als wir für unsere Wertbemessung keine beständige Basis haben.

Der Ministerpräsident wendet sich dann gegen die Bestrebungen gewisser Kreise, den Abfall vom Reiche zu fördern und Preußen aufzuteilen. Vorgänge wie in Küstrin leisten hier den Plänen unserer Gegner Vorschub. Mit scharfen Worten wendet sich der Ministerpräsident gegen die Erklärungen Poincarés über die Düsseldorfer Vorgänge. Die Verhängung des Ausnahmezustandes sei in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erfolgt. Innere Selbstzerfleischung bedeute die Zerstörung jeder Hoffnung auf Rettung der Einheit.

Das Haus tritt darauf in die

Besprechung der Regierungserklärung

ein.

Abg. Limbertz (Soz.) spricht der Staatsregierung das Vertrauen aus, daß sie gegen Putsche von rechts und von links energisch vorgeht.

Abg. Lenartz (Ztr.) erklärt, daß die Rheinlande die Aufgabe des passiven Widerstandes mit tiefstem Schmerz hingenommen habe. Von den Separatisten wollen die Rheinlande nichts wissen. Entscheidend ist für die nächste Zeit vor allen Dingen die Aufrechterhaltung der Staatsautorität.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dn.) verurteilt die Aufgabe des passiven Widerstandes und erklärt, daß die letzten Kampfmittel der Verzweiflung zur Anwendung gebracht werden müßten. Wir müssen befreit werden von der Idee, daß ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann.

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) erklärt unter lebhaften Hört-Hört-Rufen, daß die Behauptung, Breitscheidt sei zum Botschafter in Paris ernannt, nicht zutreffe.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Mittwoch mittags 12 Uhr. Weitere Aussprache.

*

273. Sitzung vom 10. Oktober 1923.

Die Aussprache über die Erklärung des Ministerpräsidenten wird fortgesetzt.

Abg. Kalle (D. Vpt.) erklärt im Namen seiner Fraktion die volle Zustimmung zu der Erklärung des Ministerpräsidenten. Wir stehen einmütig hinter der Politik Stresemanns.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.) erklärt: Der Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien hieße, Rhein und Ruhr im Stiche zu lassen. Die Regierung darf nichts unversucht lassen, um mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen.

Von den Regierungsparteien ist

ein Entschließungsantrag

eingebracht, in dem es heißt:

Der Preußische Landtag billigt die Erklärung des Staatsministers, daß trotz der unvermeidlichen Einstellung des passiven Widerstandes der Kampf für das deutsche Recht an Rhein und Ruhr mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden soll. Der Bevölkerung an Rhein und Ruhr wird der Dank für die heldenhafte, opferwillige Führung des Abwehrkampfes ausgesprochen und die Zuversicht ausgedrückt, daß sie auch in Zukunft in ihrer Treue zum Reich und Preußen nicht wanken werde. Der Landtag fordert das Staatsministerium auf, alles zu tun, um die Leiden der deutschen Bevölkerung zu lindern und mit allem Nachdruck die rascheste Freilassung der von fremden Kriegsgerichten Verurteilten und für die alsbaldige Rückkehr der Ausgewiesenen einzutreten. Der Landtag fordert das Staatsministerium auf, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um durch Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sofortige Schaffung einer wertbeständigen Währung die Gesundung der Bevölkerung herbeizuführen und die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Der Landtag erwartet, daß das Staatsministerium gegen alle Versuche zum gewaltigen Umsturz und zur Störung der öffentlichen Ordnung mit dem Aufgebot aller staatlichen Kräfte nachdrücklichst eintritt.

In der Abstimmung

werden die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit usw., die Rückgängigmachung der Verbote der Arbeiterpresse, Beschlagnahme von Lebensmitteln, Waffenausrüstung der proletarischen Abwehrformationen, Ablehnung der Aufhebung des Achtstundentages, sowie auf Anklageerhebung gegen die rheinischen Großindustriellen, wie Stinnes usw. abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag der Koalitionsparteien auf Steigerung der Produktion, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sofortige Schaffung einer wertbeständigen Währung. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß das Staatsministerium allen Umsturzbestrebungen nachdrücklichst entgegentritt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfes, nach dem der im November 1923 in Aussicht genommene

Termin für die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf den 2. März 1924 hinausgeschoben werden soll. Diesem Entwurf stehen gegenüber Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten, die Wahlen am 18. November 1923 vorzunehmen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag der Deutschnationalen dahin abgeändert worden, daß die Wahlen am 9. Dezember für das unbesetzte Gebiet vorgenommen werden sollen. Der von den Regierungsparteien beantragte Gesetzentwurf gelangte in namentlicher Abstimmung mit 169 zu 72 Stimmen zur Annahme.

Das Haus vertagte sich darauf auf Donnerstag. Ausführungsgesetz und Finanzausgleichsgesetz.

Schluß 5¼ Uhr nachmittags.

*

Deutscher Reichstag.

In der Dienstag-Sitzung wurde das Ermächtigungsgesetz schließlich in erster und bald darauf folgender zweiter Lesung angenommen und zwar in der Kompromißform der Koalitionsparteien.

388. Sitzung vom 9. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des

dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan.

Ursprünglich wurden 30 000 Billionen neu angefordert. Diese Summe soll aber, wie Abg. Schotz als Berichterstatter feststellt, dem Steigen des Dollar entsprechend erhöht werden. Es handelt sich vornehmlich um Beschaffung von Getreide, ferner um Ausgaben für die Ruhrschäden, sowie um die notwendigen Gelder für die Beamtengehälter und um Bedarfsmittel zur Weiterfortführung der Reichsbetriebe. Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, die die Länder ersucht, die Zahlungen für kulturelle und soziale Verpflichtungen mit Einschränkungen erfolgen zu lassen. Ferner wird eine Denkschrift gefordert über die durch die Ruhrbesetzung entstandene Beschlagnahmung.

Der Nachtragsetat wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Angenommen wird der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Postgebühren.

Abg. Esser (Ztr.) begründet dann einen Antrag, der ersucht, die in Betracht kommenden Ressorts unverzüglich anzuweisen, Zahlungen aus öffentlichen Arbeiten und Lieferungsverträgen in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen) durch Einzahlung auf ein wertbeständiges Konto zu leisten. Der Antrag wird daraufhin einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 10 Uhr. Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

Schluß nach 6 Uhr.

Aufhebung der deutschen Pressezensur.

Reichswehrminister Dr. Geßler hat an die Wehrkreisbefehlshaber folgenden Befehl erlassen:

Die Verordnung vom 1. Oktober über Verbreitung von Nachrichten wird aufgehoben. Gegen Zeitungen und Nachrichtenbüros usw., die durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des Paragraphen 7 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September einzuschreiten.

Die Konsequenzen gezogen.

Der sächsische Geschäftsträger in München, von Dziembowski, hat laut „Münchener Neuesten Nachrichten", wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung beim sächsischen Ministerpräsidenten seine Entlassung gefordert.

*

Dresden, 10. Okt. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit, der sächsische Geschäftsträger in München, Legationsrat von Dziembowski, werde durch Beschluß des Gesamtministeriums vom 8. d. M. von seinem Posten enthoben werden. Die Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten", daß Legationsrat von Dziembowski seine Entlassung wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung erbeten habe, trifft nicht zu. Er hat durch ein heute in Dresden eingegangenes Schreiben vom 9. Oktober um seine Entlassung gebeten, da seiner Auffassung nach eine sozialistisch-kommunistische Regierung von jedem ehrlichen Deutschen auf das schärfste bekämpft werden müßte.

Die Sozialdemokratie zur großen Koalition.

Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Aufruf der Reichstagsfraktion der VSPD. an die Parteigenossen im Lande, in dem die Fraktion über ihre Haltung während der letzten Regierungskrise Bericht erstattet und betont, daß die Auffassung, der sich die Mehrheit der Fraktion anschloß, davon ausging, daß eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der von den schwerindustriellen Vertretern in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geleiteten und von den unter dem Einfluß Stegerwalds stehenden Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung unterstützten Aktion eine Rechtsregierung zur Notwendigkeit gemacht hätte, was in kürzester Zeit zu einer Rechtsdiktatur geführt hätte.

Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere die Gefahr der politischen und sozialpolitischen Reaktion. Außenpolitisch würde eine Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen, beseitigt haben, wodurch auch innerpolitisch Zustände herbeigeführt worden wären, die über die deutsche Arbeiterklasse noch nie dagewesenes Elend verhängt hätten.

Der Aufruf schließt mit dem Hinweis darauf, daß auch die Minderheit in der Fraktion, die die Taktik der Mehrheit ablehnte, mit dieser in der Erkenntnis einig war, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorständen. Um diese erfolgreich zu bestehen, bedürfe die Partei ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Darum fordere die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen und mit aller Energie an einem Erstarken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung der Parteipresse zu arbeiten.

Nach Sachsen Thüringen.

Aus Weimar meldet man: Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Thüringen wurden in Weimar fortgesetzt. Sie führten zu einer weitgehenden Uebereinstimmung in der Richtung der Bildung einer sozialdemokratischen Regierung. Die Verhandlungen werden am Donnerstag voraussichtlich zum Abschluß kommen.

Wiederum ein Todesurteil gegen einen Deutschen.

TU. Nancy, 10. Okt. Das Kriegsgericht des 20. Armeekorps hat den deutschen Offizier, Hauptmann Debitsch, vom 9. bayerischen Infanterieregiment zum Tode verurteilt. Debitsch werden Plünderungen, Diebstähle usw. zur Last gelegt, die er in der Nähe von Luneville ausgeführt hätte.

Der Arbeitsplan des Landtages.

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages berät am Dienstag über die Geschäftslage. An die Erklärung des Ministerpräsidenten Braun wird sich eine große politische Aussprache anschließen, die voraussichtlich noch die Mittwochsitzung in Anspruch nehmen wird. An Beratungsstoff liegt weiter vor das Notausgleichsgesetz. Einstweilen sind Beratungstage bis Samstag in Aussicht genommen. Der Aeltestenrat wird am Donnerstag noch einmal zusammentreten, um sodann über die Geschäftslage endgültig zu beraten.

Coolidge gegen die internationale Wirtschaftskonferenz.

Das Staatsdepartement in Washington teilt inoffiziell mit, daß es der von Lloyd George ausgesprochenen Anregung, den Plan des Staatssekretärs Hughes erneut den interalliierten Regierungen zur Beurteilung vorzulegen, nicht zustimmen kann. Präsident Coolidge, so schreibt der „Newyork Herald", sehe es ungern, daß eine neue internationale Wirtschaftskonferenz einberufen wird. Das Weiße Haus stellt sich auf den Standpunkt, daß die politische Situation in Europa, Amerika eine Intervention einzureichen, sich zur Pflicht macht und daß aus einer erneuten Unterbrechung der Vorschläge kein praktisches Resultat sich ergeben würde.

Polen-Terror in Oberschlesien.

Von unserem ostmärkischen Mitarbeiter.

In den Städten Ost-Oberschlesiens haben die Stadtverordnetenversammlungen ausnahmslos deutsche Mehrheiten, weil die deutsche Bevölkerung in der Mehrzahl ist. Um diesen „Uebelstand" zu beseitigen, wollte man zunächst die nötigen polnischen Mehrheiten durch Eingemeindung umliegender Dörfer mit polnischen Mehrheiten in den Städten schaffen; dieses Verfahren erfordert aber Zeit und außerdem zeigte die Bevölkerung einiger solcher Dörfer beispielsweise bei Kattowitz keine große Neigung zur Eingemeindung. Jetzt hat man einen einfacheren Ausweg gefunden. **Der schlesische Sejm hat eine Verordnung beschlossen, durch die die Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst werden; an ihre Stelle sollen zunächst Kollegien von 3—7 Mitgliedern treten. Die Neuwahl der Gemeindevertretungen wird dann solange hinausgeschoben, bis die polnische Mehrheit gesichert erscheint.**

* * *

Das Kattowitzer Bezirksgericht verhandelte dieser Tage gegen 13 Deutsche aus Polen wegen angeblichen Landesverrats. Der Hauptangeklagte Scherff, der sich seit dem 28. November 1922 in Untersuchungshaft befindet, erhielt 4 Jahre und 7 Monate Zuchthaus, der Maschinenfabrikant Schulz 2 Jahre Zuchthaus, der Rentier und ehemalige Stadtrat Rhode 1 Jahre Gefängnis, der Photograph Greve 1½ Jahre Gefängnis und eine Dame aus Eiserk sechs Monate Gefängnis. Sämtliche Verurteilte legten gegen das Urteil Revision ein.

Die Anklage wegen Landesverrats stützte sich auf einen Brief, den Scherff aus Deutschland erhalten hatte von einer Person, die ebenfalls wegen Landesverrat angeklagt war und sich einer Verurteilung durch die Flucht entzogen hatte. Den Brief, in dem lediglich private Angelegenheiten besprochen wurden, hat Scherff nachweislich nie beantwortet. Lediglich die Tatsache, daß das Schreiben von einer wegen Landesverrats angeklagten Persönlichkeit herrührte, genügte dem polnischen Gericht, Scherff zu vier Jahren und sieben Monaten Zuchthaus zu verurteilen. Da es sich bei den Verurteilten um führende Persönlichkeiten in der Deutschtumsbewegung handelt, ist die Tendenz der Urteile offenkundig.

„Britischer Staatenbund der Nationen".

Aus London meldet man: **„Das britische Reich ist tot. Sein Hinscheiden wird offiziell von der Reichskonferenz bekanntgegeben werden, ehe sie sich vertagt."** Diese Erklärung gab einer der Delegierten der Dominions ab. Der König sprach noch in seiner Willkommensadresse bei der Eröffnung der Konferenz von einem „britischen Reiche". Diese Tatsache wurde von den Delegierten der Dominions nicht revidiert, da sie erkannten, daß der König nur eine oberflächliche Phrase benutzte, die allgemein im Gebrauch ist; doch einige der Delegierten befürchteten, daß diese Worte des Königs falsch ausgelegt werden könnten, und daher sind sie entschlossen, daß man in Zukunft für die Länder unter der britischen Krone eine Bezeichnung gebraucht, die auch im irischen Vertrage angewandt wurde: „Britischer Staatenbund der Nationen".

Keine Londoner Kabinettskrise?

London, 9. Okt. Das „Foreign Office" veröffentlicht folgende Mitteilung: Mit Bezug auf die Meldungen in der Presse, die versucht haben, den Eindruck hervorzurufen, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Wortführern der Regierung in der Frage der auswärtigen Angelegenheiten besteht, sind wir ermächtigt mitzuteilen, daß Lord Curzons Rede vor den Mitgliedern der Reichskonferenz am letzten Freitag dem Premierminister unterbreitet und von ihm gebilligt wurde, bevor sie gehalten worden ist.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Aus London meldet man: Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer größeren Umfang an. In Newcastle sind in die Listen 20 015 eingetragen und, obwohl die Stadtbehörde die Ausführung von Hafen- und Wegearbeiten beschlossen hat, erweist sich diese Abhilfe als durchaus nicht erreichbar. In Yorkshire und Cumberland beträgt die Zahl der Arbeitslosen 257 849, in Bradfort, im Mittelpunkt der Baumwollindustrie, erreicht die Zahl der Arbeitslosen 16 811, darunter 4000 Arbeiterinnen. Der Arbeitsminister teilte mit, der ministerielle Arbeitsausschuß berate täglich und noch vor Zusammentritt des Parlaments werde eine Entscheidung bekanntgegeben werden. Im Freistaat Irland hat sich die Situation gleichfalls sehr verschärft. Am 1. Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen dort 12 067.

Der Luftverkehr in Rußland.

Ueber die Entwickelung des Luftverkehrs in Rußland läßt sich die Warschauer „Rzeczpospolita" melden: Der Luftverkehr in Sowjet-Rußland entwickelt sich mit einer ungemeinen Stärke. Es werden eine Reihe von Gesellschaften gebildet, die die Aufgabe haben, sowohl die zivile wie auch die militärische Flugzeugindustrie zu unterstützen. Jede Zeitung enthält eine Rubrik, welche die Spenden für das sowjetische Flugwesen aufweist. Die Spenden ergeben so große Geldsummen, daß fast jede Zeitung in Rußland ihr eigenes Flugzeug besitzt, das mit dem Moment des Kriegsausbruches zu Kriegszwecken benutzt werden kann.

Von den Linien, die jetzt Gegenstand der einleitenden Untersuchungen sind, drängt sich an erster Stelle die Wolgalinie hervor, welche die Strecke Moskau — Astrachan bedient, wobei Junkerflugzeuge, die zu jeder Zeit in Wasserflugzeuge umgewandelt werden können, verwendet wrden sollen.

Wiederaufnahme der russisch-japanischen Verhandlungen.

Aus Tokio wird gemeldet, daß in japanischen Blättern offiziell der Beschluß der japanischen Regierung, die Verhandlungen mit Rußland spätestens am 20. Oktober wieder aufzunehmen, mitgeteilt wird.

Der amerikanische Gesandtenkandidat für London.

Nach einer Meldung des „Exchanger Telegraph" aus Washington hat Präsident Coolidge den Justizminister der Vereinigten Staaten, Beck, den Gesandtenposten in London angeboten.

Child bleibt Gesandter in Rom.

Offiziell teilt das Washingtoner Staatsdepartement mit, daß der amerikanische Gesandte in Rom, Sir Child, auf seinen Posten zurückkehrt. Sir Child beabsichtigt lediglich eine Erholungsreise nach den Vereinigten Staaten anzutreten und wird, wie er einem italienischen Journalisten übrigens mitteilte, im Januar nach Rom zurückkehren.

Die Wiederaufnahme der Tanger-Konferenz

Reuter erfährt zu den Tanger-Erörterungen, die in London wieder aufgenommen worden sind, daß auf Grund der Arbeiten der letzten Monate die Lage als wesentlich klarer bezeichnet werde. Man hoffe, daß ein Weg für eine formelle Konferenz zwischen den Interessierten freigemacht werden werde.

Die diesjährige Ernte.

In einer im preußischen Landwirtschaftsministerium aus allen Teilen des Reiches gut beschickten Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die diesjährige Ernte.

Danach kann sie erfreulicherweise als gut bezeichnet werden und konnte bisher gut eingebracht werden. Besonders das Sommergetreide und der Winterweizen bringen gute Druschergebnisse, während der Roggen etwas zurückbleibt. Die Stroherträge sind sehr hoch, desgleichen ist die Futterernte nach Menge und Qualität eine gute. Die Hackfruchternte wird voraussichtlich hinter der Getreideernte zurückbleiben. Die Kartoffeln werden höchstens mittlere Erträge bringen, während die Rübenernte leider als schwach bezeichnet werden muß. Stark schädigend ist in manchen Gegenden die Rübenfliege wieder aufgetreten, deren Bekämpfung mit aller Energie aufgenommen werden sollte. Auch die ungewöhnlich große Zahl der Schößlinge wird den Rübenertrag erheblich beeinträchtigen.

Besatzungschronik.

Aus der Haft entlassen. Die von der französischen Besatzungsbehörde wegen Verstoßes gegen die Verordnung Nr. 31 der Besatzungsbehörde verhafteten Bergassessor Uhlenbruck und Prokurist Lebsanft von der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in Rotthausen sind, ohne daß gegen sie eine Verhandlung stattgefunden hat, am 8. Oktober vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Sie befanden sich in französischer Untersuchungshaft in Werden und später in Essen. Herr Uhlenbruck war am 17. September, Herr Lebsanft schon am 30. Mai von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Beschlagnahmt wurden in Düren 500 Milliarden auf dem Wege von der Reichsbank zur Deutschen Bank.

Ausgewiesen wurde in Bonn die Sekretärin der dortigen Zentrumspartei, Frau Bitter.

Letzte Nachrichten.

von Hoesch bei Poincaré.

w Paris, 10. Okt. **Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag um 11 Uhr den deutschen Geschäftsträger von Hoesch empfangen, der die gleiche Demarche unternommen hat wie vorgestern der deutsche Geschäftsträger in Brüssel bei der dortigen Regierung. Die Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde.**

Die deutsche Landwirtschaft zur Brotversorgung.

w Berlin, 10. Okt. **Nach einer Entschließung der gesamten im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft zusammengefaßten Körperschaften haben diese eindringliche Vorstellungen gegen die Beschlüsse des Reichsrates in Sachen der Brotversorgung erhoben. Es wird erklärt, daß die organisierte deutsche Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sei, eine Verantwortung für die Sicherstellung der deutschen Volksernährung zu übernehmen. In einer Entschließung wird die Reichsregierung aufgefordert, mit allem Nachdruck für die Wiederherstellung des ursprünglichen Gesetzentwurfes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 einzutreten. Der gekennzeichnete Beschluß soll zahlreichen Reichsbehörden unterbreitet werden.**

Bayern gegen die Banken.

w München, 10. Okt. **Wie amtlich verlautet, haben die wirtschaftlichen Besprechungen beim Generalstaatskommissar von Kahr ergeben, daß die Säumigkeit der Banken in der Gutschrift der bei ihnen eingezahlten Beträge und der hohe Bankzins eine wesentliche Mitschuld an den sich überstürzenden Preisforderungen tragen. Wenn die Banken nicht aus freien Stücken Zugeständnisse machen, ist ein Eingreifen des Generalstaatskommissars von Kahr beabsichtigt.**

Aufhebung eines rumänischen Faszisten-Nestes.

w Bukarest, 10. Okt. **Die Polizei, die gestern abend Haussuchungen bei einigen Faszisten vornahm, entdeckte ein Komplott zur Ermordung mehrerer Minister, Finanzleute und anderer in der Oeffentlichkeit stehender Persönlichkeiten. Die Tat sollte heute ausgeführt werden. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und Munition und nahm mehrere Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befanden sich auch zwei Studenten, die ein volles Geständnis ablegten.**

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

w Berlin, 10. Okt. **Von Samstag, 13. Oktober ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 120, im Güterverkehr 350 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die letzte außerordentliche Geldentwertung noch nicht berücksichtigt.**

Um einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

w Berlin, 10. Okt. **Nach einer Meldung der „Times", wonach Verhandlungen über einen Konsularvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stattgefunden haben sollen, wird mitgeteilt, die Meldung entbehre insofern nicht ganz der Grundlage, als es richtig sei, daß die amerikanische Regierung einen vorläufigen Entwurf eines Handels- und Konsularvertrages der Berliner Regierung überreicht habe. Dieser Entwurf werde einer Prüfung unterzogen. Verhandlungen hätten aber noch nicht stattgefunden.**

Ein Reparationsvorschlag der Dominions.

TU. London, 10. Okt. **Den Ministerpräsidenten der Dominions, die die Reichskonferenz besucht haben, hat man nicht den Vorwurf gemacht, an der englischen Regierung lediglich Kritik zu üben. Einige von ihnen haben bereits konkrete Vorschläge über das Reparationsproblem eingereicht, insbesondere besteht ein sehr umfangreicher Plan zu einer neuen Reparationspolitik, mit dessen Prüfung sich gegenwärtig die Londoner Regierung beschäftigen will.**

Der Arbeitsplan des Reichstages.

w Berlin, 10. Okt. Der Aeltestenrats des Reichstages hat heute beschlossen, daß das Plenum nach der morgen eintretenden Vertagung am Donnerstag nächster Woche zur Erledigung des Arbeitszeitgesetzes auf einige Tage zusammentreten soll. **Ueber die späteren Dispositionen ist noch nichts bestimmt.**

Die Devisengeschäfte der Bankangestellten.

TU. Berlin, 10. Okt. Um die in der letzten Zeit wiederholt in der Oeffentlichkeit aufgetauchten Behauptungen, daß die Bankangestellten mit dem Publikum Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln auf eigene Rechnungen tätigen, nachzuprüfen, wurden im Auftrage des Devisenkommissars die Angestellten einer Anzahl Depositenkassen von Berliner Großbanken in dieser Angelgenheit vorgenommen. Soweit das Ergebnis dieser Untersuchung bisher vorliegt, scheinen sich jedoch, wie von zuständiger Stelle verlautet, **keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der gegen die Bankangestellten erhobenen Beschuldigungen** ergeben zu haben.

Revolte im Brieger Zuchthaus.

w Brieg, 10. Okt. Bei der Einliefrung von aus dem Zuchthaus Brandenburg ausquartierten Gefangenen in die Brieger Strafanstalt ist es zu schweren Unruhen gekommen, bei denen die Beamten von der Waffe Gebrauch machen mußten. Verletzt wurde nach den bisherigen Feststellungen ein Gefangener. Vorläufig ist als Disziplinarstrafmittel für die gesamte Belegschaft des Gefängnisses das Schweigegebot verhängt worden. Etwa ein Dutzend der Rädelsführer wurde in Einzelhaft genommen.

Der neueste Buchdruckschlüssel.

w Berlin, 10. Okt. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe ist mit Wirkung ab 11. Oktober auf 19 500 000 festgesetzt.

Der neue Buchhändlerschlüssel.

w Leipzig, 10. Okt. Der Buchschlüssel des Börsenvereins des deutschen Buchhandels ist ab 11. Oktober 200 000 000.

*

w Berlin, 10. Okt. Im Hinblick auf die Verhältnisse bei der Berechnung und Einkassierung der Gaspreise sind bei der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Anzeigen wegen Erpressung und Wucher gegen die verantwortlichen Personen der städtischen Gaswerke eingelaufen. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit zur genauen Untersuchung der Kriminalpolizei übergeben.

bb. Berlin, 10. Okt. Den Blättern zufolge wurde gestern von dem deutschen Zollgrenzkommissariat in Bodenbach der Leiter eines großen Versicherungsunternehmens in Berlin, in dessen Besitz fremde Valuten im Werte von rund 16, nach einem anderen Blatte sogar 40 Billionen Mark gefunden wurden, in Haft genommen.

TU. München, 10. Okt. Im Münchener Giftmordprozeß ist der Angeklagte Huber im Falle des Ehepaares Grimm wegen Giftmordversuch zu 15 Jahren Zuchthaus und 15 Jahren Ehrverlust verurteilt worden; dagegen erfolgte im Falle Reindl Freisprechung, weil die Beweise nicht schlüssig gewesen sind.

w Haag, 10. Okt. Die hier tagende Union der Völkerbundsvereinigungen wählte zu ihrem Präsidenten anstelle von Adelswaerd (Schweden) den ehemaligen Professor Treub Deutschland), Adelswaerd wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Zu Vizepräsidenten wurden ernannt Graf Bernstorff (Deutschland), Dickinson Willingby (England), Dombinski (Polen) und Apell (Frankreich).

Paris, 10. Okt. Gestern wurden drei Personen **verhaftet**, die in der Untergrundbahn **antimilitaristische Schriften verteilten.** Einer der Verhafteten ist italienischer Abstammung.

w Simla, 10. Okt. Bei einem **Eisenbahnunglück** unweit Saharanpur wurden **sechs Personen getötet** und 24 verletzt.

Vereinskalender Bochum.

Constantia. Heute gemeinsame Tagung des Stammvereins mit den beiden Jugendabteilungen aus Anlaß der Einführung des neuen geistlichen Präses. Die Mitglieder werden hieran erinnert und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Ernst Renner; für Lokales, Handel, Sport, Letzte Nachrichten Conr. F. Simment; für Provinzielles, den übrigen Textteil und „Feierstunden" Jul. Schwinck; für Inserate u. Reklamen: Eugen Wolff, sämtlich in Bochum



Statt Karten!

Hermann Becker
Elli Becker
geb. Stücker
Vermählte.

Bochum, den 11. Oktober 1923.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Urgroßvaters sprechen wir allen unseren herzl. Dank aus.

Bochum, den 10. Oktbr. 1923.

Familie Hermann.

Einlösung der Brotmarke Nr. 41 bis Freitag, den 12. Okt. 1923, abends 7 Uhr.

Um mit den Bäckermeistern eine ordnungsmäßige Verrechnung der Brot- und Mehlbestände vornehmen zu können, ist es erforderlich, daß die für die laufende Woche gültige Brotmarke Nr. 41 **bis Freitag, den 12. Oktober 1923, abends 7 Uhr,** bei den Bäckermeistern eingelöst wird.

Die Bäckermeister haben sämtliche Brotmarken — **auch die auswärtigen** — soweit der Bäckermeister bei einem anderen Kommunalverband einen Mehlbestand nicht nachzuweisen hat, **bis Sonnabend, den 13. Oktober 1923, mittags 1 Uhr,** an unsere Kartenzählstelle abzuliefern.

Spätere diesbezügliche Reklamationen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bochum, den 10. Oktober 1923.

Der Magistrat.

Für meine Abteilung

Baumwollwaren Kleiderstoffe

tüchtige

Verkaufskräfte

zum baldigen Eintritt gesucht.

Branchekundige Herren u. Damen wollen Offerte einreichen an

Urias, Hattingen,
Steinhagen.

Freiwillige Versteigerung

Am Freitag, den 12. dss. Mts., nachm. 3 Uhr beginnend, werden wir im freiwilligen Auftrage im Saale des Wirtes Otto Wrede hier, August-Bebelplatz, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Bettstelle mit Matr., 1 Bettstelle ohne Matr., 1 Kinderbettstelle, mehrere Stühle, 1 Kinderwagen, 1 Schrottsäge, 1 guterhaltene Zither, 1 Photographenapparat, 1 guterhaltenes Herrenfahrrad (Rennmaschine) sowie eine Partie Haus- und Küchengeräte, wie Glas-, Porzellan- u. Emaillesachen, ferner Damen-, Herren- u. Kinderbekleidungsstücke, Schuhe usw.

Die Sachen sind gebraucht, aber gut erhalten und können eine halbe Stunde vorher besichtigt werden.

Rieks & Prangenberg
Auktionatoren und Taxatoren
Wattenscheid, Wödestraße 10.

Zuverlässige, ehrliche

Frauen od. Mädchen

als Zeitungsbotinnen gegen guten Verdienst sofort gesucht.

Wattenscheider Morgenzeitung.

Vereinigte

Stadttheater
Bochum-Duisburg

Donnerstag, 11. Okt., 6—gegen 10,30 C 2
Egmont

Freitag, 12. Oktober, 7,30—gegen 10 D 3
Bürger Schippel

Samstag, 13. Oktober, 7,15—10 Bühnenvolksbund, Serie Ev. Vereinshaus
Der Richter von Zalamea

Sonntag, 14. Oktober, 6— gegen 10,30 Außer Vormiete
Egmont

Die Morgenfeier ist für den 28. 10. angesetzt.

Operetten-Casino
Bochum, Rottstraße 29

Täglich nachm. 4 Uhr:
Rüding's beliebte **Jazz-Kapelle**
Angenehmer Aufenthalt.

Volontäre
Schloss., Installateure erh. g. Ing.-Ausbild. Technikum Lage Lippe, Staatskomm. Bogr.fr.

Großer Posten
Marken-Zigaretten
zu haben.
Tabak-Großhandlung
Balthasar, Bochum, Königstraße 19.

Hautjucken
(Krätze, beseitigt in 2 Tagen **Grebesan I** geruchlos, Erfolg garantiert.

Flechten
jeder Art. Hautausschlag, Hautunreinigkeit, Mitesser, Haarausfall, Schuppen, bestes Mittel **Grebesan II.**

Beinleiden
alte und älteste, Krampfadern, offene Füße, Nervenschmerzen, alte Wunden etc., sofortige Hilfe durch **Erberal-Salbe.** Unentbehrliches Hausmittel. Aerztlich empf. Zu haben in Apoth., wo nicht, d. Apotheker **Grebe,** Laborat., Berlin SW 61.

Heil-Institut „SALUS"
behandelt alle inneren und äußeren Krankheiten.
Mühlenstraße 41 I
Sprechzeit von 9—1 Uhr.

Zentralheizungen,
Sanitäre Installation,
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs-Anlagen
Waschkauen
Albert Staubach, Ing.
Bochum,
Agnesstr. 40 Fernspr. 669

Zuschneide- u. Nähkursus
auch tageweise
Frau L. Arenz, Humboldtstraße 11
Eingang Schillerstraße.

Volontäre u. Einjährige Schlosser und Installateure erhält, g. Ingenieur-Ausbild. i. Elektro- u. Maschinenbau. Staatskomm. Zeitersp. für Einjährige Technikum Lage (Lippe).

Intelligenter
Setzer-Stereotypeur,
mit Rund- und Flachguß sehr gut vertraut, sofort gesucht. Angenehme Dauerstellung.
Ingmanns & Koethers,
Herne,
Bahnhofstraße 71.

Für einen unserer kaufm. Angestellten suchen wir ein oder zwei
möbl. Zimmer
in Bochum oder Vorort. Angebote erbeten
Westf. Volkszeitung Schürmann & Klagges Bochum, Mühlenstr. 12

8 Zentner Kartoffeln
für eine gute Ziege.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Flechten
besonders veraltete
Juck-Krätze
geruch-, schmerz- und farbl., in 2 Tagen erledigt.
„Salus"
Naturheilpraxis,
Boch., Mühlenstr. 41 2
Auch Versand.
Sprechzeit: 9—1 Uhr.





Zu bedeutend erhöhten Preisen kaufe
Ziegen u. Schafe
zum Schlachten, sowie alle Sorten
Felle.
J. Meyer, Grabenstr. 20
Eigenes Fuhrwerk.
Karte erwünscht.

Gold Silber Platin
kauft zu höchsten Preisen
Max Pander
Bochum
Hernerstr. 9

TONHALLE

Unwiderruflich

Heute Donnerstag die letzten Vorführungen
um 3,30 Uhr
6,15 Uhr
8,15 Uhr



Fridericus Rex
Schicksalswende.

Verstärktes Hausorchester
unter Mitwirkung des hier in Bochum bei unsern „Alt Heidelberg"-Vorführungen so glänzend gefallenen
Männer-Doppelquartettes Excelsior 06

Jugendliche unter 18 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte.

15 Milliarden Mk. Belohnung

In der Nacht zum 10. Oktober 1923 wurde eine Schaufensterscheibe an der Oberen Marktstraße eingeschlagen und ein brauner

Damen-Pelzmantel

(Biberette) mit grau-lila Seidenfutter entwendet. — Für die Wiederbeschaffung, beziehungsweise Ermittelung der Täter, setzen wir obige Belohnung unter Ausschluß des Rechtsweges aus.

Ferdinand Koppel G. m. b. H.
Bochum, Hellweg 2

Wegen Reparatur an der Hauptleitung wird die

Gasabgabe

für einige Tage

gesperrt.

Städtisches Gaswerk
Hattingen-Ruhr.

Saatgetreide!

Das bestellte Saatgetreide, Weizen, Roggen u. Gerste, muß bis Samstag, 13. Okt., abgeholt sein.
W. Ottenberg,
Hattingen.

Ein Wurf junger
Schäferhunde
zu verkaufen.
Twerschke,
Hattingen-Ruhr, Bruchstr. 12, Tel. 515.



Lade Sonntag, den 14. ds. Mts.
Schweine
aus.
Alfred Washönig
Sprechhövel.
Telephon Nr. 401.

Kaufe
ständ. ausgekämmtes
Frauenhaar
zu hohen Preisen.
Autzmann, Bochum Friedrichstraße 23.

Alte Herren
Alte verdorbene
gereinigt und aufgearbeitet.
Sofort
werden Schirme repariert u. überzogen.
Alle Reparaturen
werden in eigener Werkstatt **schnell, gut** und **billigst** ausgeführt
Hut- u. Schirm-Reparaturwerkstatt von
J. Alda,
Moltkemarkt 7.

Umarbeitungen
von Samt- u. Pelzhüten sowie Pelzkragen nach neuester Form elegant und preiswert.
Frau Dora Biesenbach
Bochum,
Hohenzollernstr. 181.

Epilepsie-
(Fallsucht, Krämpfe)
Leidende,
auch solche, die alles umsonst angewandt, verl. kostenlos belehr. Broschüre.
Adler-Apotheke
Sommerfeld 126, N.-L.

Kammer-Lichtspiele
Bochum, Friedrichstraße 8

Heute letzter Tag
unseres Riesenprogramms.

I. **Das Gastmahl des Satans**
Kriminaldrama in 5 Akten.

II. **Die Diamantenkönigin**
3. Teil: Von Diamantenräubern verfolgt
6 Akte.

III. **Der Mord in der Karnevalsnacht**
Kriminaldrama in 6 Akten.

IV. **„Er" ist jung verheiratet**
Lustspiel.

Ab morgen Freitag:
Die Diamantenkönigin
4. Teil:
In der Gewalt der Banditen.

Bühnengemeinschaft Wattenscheid.

Voranzeige!

Sonntag den 14. Oktober 1923, im Theatersaal Ahlmann (früher O. Wrede), August-Bebelplatz

Zum zweiten Male:

Alt-Heidelberg

Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilh. Meyer-Förster.

Man beachte bitte die Samstag-Anzeige!

Ausbildung zum Chauffeur
erfolgt für Jedermann in der
Bochumer Chauffeur-Schule
Bochum, jetzt Emscherstraße 28.



Reparaturen
von Streich- und Zupf-Instrumenten, sowie Neuanfertigung in eigener Werkstatt.
Musikhaus Marks
Bochum, Brückstr. 61

Bekanntmachung.

Da das Kohlensyndikat die Kohlenpreise nach Goldmark berechnet (z. B. Nuß III Mk. 57,24 gegenüber Friedenspreis von Mk. 14,— ab Zeche), sind wir gezwungen, unsere Strompreise ebenfalls nach Goldmark zu berechnen.

a) Die Preise betragen zur Zeit für Lichtstrom 52 Goldpfg.
Kraft und Tagestarif 26 „
für das Stromnetz Altendorf, Dumberg, Rdr.-Wenigern, Rdr.-Bonsfeld, Winz,

b) wie vor 60 Goldpfg.
29 „
für das Stromnetz Ober- u. Nieder-Stüter, Bredenscheid, Holthausen, Ober- u. Nieder-Elfringhausen, Herzkamp.

Die Erhebung des Betrages erfolgt in Papiermark und wird der Stromberechnung der am Tage der Einziehung gültige Dollarkurs zu Grunde gelegt.

Dieser Preis ist Mindestpreis.

Erfolgt die Zahlung nicht sofort, so erhöhen sich die Beträge entsprechend dem Dollarkurs am Tage der Zahlung.

Als Dollarkurs gilt der Mittelkurs der Berliner Börse.

Bergische Elektrizitäts-Versorgungs-G. m. b. H.
Nacken.







Empfehle prima frischmelke und hochtragende
Kühe und Rinder.
Willi Urbani
Bochum
Meardtkerstr. 36.
Telephon 3746.

Für die kalte Jahreszeit

auf Abzahlung bei bequemen Teilzahlungen.

Anzüge	Damen-Mäntel	Kleiderstoffe
Paletots	Damen-Kleider	Hemdentuche
Manchesteranzüge	Damen-Röcke	Rohnessel
Lodenjoppen	Damen-Blusen	Bettzeuge
Herren-Hosen	Damen-Hemden	Blaue Arbeitsanzüge

Anfertigung guter, solider Anzüge und Paletots nach Maß unter Garantie für guten Sitz

Friedrich Jortzik Wattenscheid Bochumer Str. 51

Bei
Juwelier Schweers
Bochum, Wilhelmstraße
werden Sie besonders gut und billig bedient.
Telef. 2076 Kalmetall
Gravierungen sof. zum mitnehmen

Ich helfe Ihnen
in Zivil- u. Strafprozeß-, Steuer- u. Mietsachen mit bekannt bestem Erfolge.
Rechtsbüro Schmidt, Boch., Albertstr. 25
Gegr. 1907. Aeltestes Büro am Platze.

Nr. 143. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 11. Okt. 1923.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 11. Oktober.

Wochen-Marktberichte.

Markt- und Warenpreise am 10. Oktober 1923.
(In tausend Mark.)

Fleisch- u. Wurstwaren.			
Schweinefl.	160—200000	M.	
Rindfleisch	160000	„	
Kalbfleisch	180000	„	
Gefrierfleisch	130—140000	„	
Hammelfleisch	160000	„	
Mettwurst	180—280000	„	
Leberwurst	160—250000	„	
Blutwurst	180000	„	
Corned-Beef	100—130000	„	
Käse.			
Holländ. Käse	280—370000	„	
Edamer Käse	260000	„	
Mainzer Käse	120000	„	
Tilsiter Käse	300000	„	
Fette.			
Margarine	215—220000	„	
Nierenfett	260000	„	
Palmin	260000	„	
Schmalz	300—310000	„	
Westf. Speck	310—334000	„	
Gemüse.			
Wirsing	10—15000	„	
Blumenkohl	80—100000	„	
Weißkohl	10—13000	„	
Rotkohl	16000	„	
Wurzeln	4—13000	„	
Stangenbohnen	30—45000	M.	
Stielmus	3000	„	
Kohlrabi	5—8000	„	
Zwiebeln	15000	„	
Salat, pro Kopf	3—15000	„	
Pilze	8—10000	„	
Fische.			
Schellfisch	36000	„	
Kabliau	41000	„	
Schollen	—		
Grüne Heringe	30000	„	
Heringe	12—15000	„	
Bücklinge	70000	„	
Obst.			
Pflaumen	8—28000	„	
Birnen	40—50000	„	
Aepfel	40—8 000	„	
Tomaten diek.	33—40000	„	
Verschiedenes.			
Erbsen	70—74000	„	
Bohnen	60000	„	
Reis	55—60000	„	
Weizenmehl	50000	„	
Kleie	—		
Trockenmilch	—		
Landeier	—		
Linsen	7000	„	

Der gestrige Wochenmarkt war wieder sehr gut besucht. Die Anfuhr war in Anbetracht der kolossalen Teuerung sehr mäßig. Butter, Eier, Kartoffeln, sowie verschiedene Fischsorten fehlten ganz.

† **Das Ende der Bauzuschüsse.** Der künstlich durch Zuschüsse aufrechterhaltene Wohnungsbau dürfte in den nächsten Wochen ganz eingestellt werden. Der Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß festgestellt werden soll, welche Kosten in Goldmark die Vollendung der begonnenen Bauten verursachen würde. Nur die fast fertigen Häuser sollen vollendet werden; die nicht so weit vorgeschrittenen Bauten sollen nur vor Verfall geschützt werden. Der Reichsarbeitsminister gibt in dem Erlaß zu, daß durch die Einstellung der Bauten die Arbeitslosigkeit verschärft wird, glaubt aber, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Finanzen des Reiches weniger belastet werden.

= **Die neuen Straßenbahn-Fahrpreise** sind mit dem gestrigen Tage bereits in Kraft getreten. Eine Teilstrecke kostet danach 20 Millionen Mark.

* **Evang. Kirchengemeinde Bochum-Altstadt.** Da die Nachfrage nach Eintrittskarten zu der Musikfeier zu Ehren unserer Gefallenen außerordentlich stark ist und durch eine Aufführung nicht befriedigt werden kann, so wird am Donnerstag, 11. Okt., abends 8 Uhr in der Christuskirche eine Wiederholung der Feier mit derselben Besetzung stattfinden. Eintrittskarten dazu werden nicht ausgegeben.

□ **Abbau der Ruhrhilfe.** Zu unserem Artikel in Nr. 140 teilt der Magistrat mit: Die Wirtschaftliche Außenstelle hat verfügt, daß die bisherigen Anordnungen bezüglich Erstattung von Mehrfahrtkosten, Wegegeldern und Mehrkosten für Unterbringung am Arbeitsort mit Wirkung vom 1. 10. 1923 ihre Gültigkeit verlieren.

*** **Heimkehr der Kinder aus Hofgeismar.** Die im Kreise Hofgeismar zum Landaufenthalt untergebrachten Kinder aus dem Landkreise Bochum kehren zurück und treffen am Freitag, den 12. Oktober 1923, morgens gegen 6½—7 Uhr in Witten-Ost ein. Die Angehörigen können die Kinder am Bahnhof Witten-Ost in Empfang nehmen.

= **Brotmarke Nr. 41 fällig!** Gemäß einer Bekanntmachung des Magistrats im Anzeigenteil ist die für die laufende Woche gültige Brotmarke Nr. 41 nur noch bis Freitag abend 7 Uhr in den Bäckereien des Stadt- und Landkreises einzulösen.

† **Dürfen Goldmarkrechnungen ausgeschrieben werden?** Der Innungsausschuß Bochum bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat kürzlich Richtlinien über die Geldentwertung, insbesondere auch über Goldmarkpreise an die Amtsstellen erlassen. Am wichtigsten in diesen Richtlinien ist folgende Bestimmung, die in vollem Wortlaut hier wiedergegeben wird: „Wenn schon in Zukunft bei Lieferungsverträgen die Bindung an festen Preisen in der Regel nicht mehr zu erlangen sein wird, so ist doch schon bei dem Vertragsabschluß darauf zu achten, daß die vereinbarte Geldleistung auch in ihrer von dem jeweiligen Markwert abhängigen Veränderlichkeit mit größtmöglicher Bestimmtheit begrenzt wird. Rechtlich unzulässig sind für Inlandsgeschäfte Abschlüsse in fremden Valuten. Es ist jedoch nichts dagegen einzuwenden, eine fremde Währung als Wertbemessungsmaßstab einzuführen, etwa in der Weise, daß die Gegenleistung auf X-Mark bei einem Dollarstande von Y-Mark oder auch auf den Gegenwert von X-Dollar festgesetzt wird. Einwandfrei ist ferner, den Preis auf den Gegenwert einer marktgängigen Ware, etwa Roggen, abzustellen. Auch der Festsetzung der Gegenleistung in Goldmark steht nichts entgegen. Neuerdings ist es im Wirtschaftsleben üblich geworden, die Preisberechnung dadurch auf wertbeständige Grundlage zu bringen, daß der Berechnung des für Sachleistungen zu gewährenden Gegenwertes in Geld sogen. Goldmarkpreise zu Grunde gelegt und diese durch Vervielfältigung mit einem vom Dollarkurse unmittelbar abhängigen Vervielfältigungsfaktor dem jeweiligen Preisstande angepaßt werden. Auch gegen solche Preisbemessungen sind unter den heutigen Verhältnissen Einwendungen nicht zu erheben.

a. **Wuchergericht.** Die Kaufleute J. und R. aus Weilmar wurden wegen unerlaubten Großhandels zu je 20 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — Die Ehefrau Maria R. aus Eickel erhielt wegen Preistreiberei ebenfalls 20 Millionen Mk. Sie kaufte ein Huhn zu 26 000 Mk., das sie sofort mit 35 000 Mk. wieder verkaufte. Ferner wurden wegen Preistreiberei zu je 20 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt Kaufmann Adolf R. von Bochum beim Verkauf eines Waschkessels und Kaufmann Emil St. beim Verkauf einer ledernen Aktentasche, die Ende Juli innerhalb drei Tagen von 780 000 Mk auf 2 500 000 Mk. gesteigert worden war.

k. **Evangelische Bahnhofsmission.** Im Jugendsaal der Auferstehungskirche der evangelischen Gemeinschaft Bochums an der Alleestraße hielt am Dienstag die evangelische Bahnhofsmission einen Unterhaltungsabend ab, mit dem eine Ehrung von Mitgliedern verbunden war, die 1½ Jahre und darüber der Bahnhofsmission treue Dienste geleistet hatten. Im weiteren Verlauf sprach Herr Neesen über den Dienst an den Bahnhöfen. Derselbe soll sofort wieder mit altgewohnter Pünktlichkeit angetreten werden, sobald dazu der Ruf erschallt. Stille, aber segensreiche Arbeit leistete die Mission bisher auch bei den Gefangenen in Weitmar.

× **Der Goldumrechnungssatz bei wertbeständigen Steuerkonten.** Für die Umrechnung des bei Bezahlung der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und der Rhein-Ruhr-Abgabe auf wertbeständiges Steuerkonto aufgeschriebenen Goldmarkbetrages ist maßgebend der Mittelkurs zwischen dem amtlichen Berliner Geld- und Briefkurs des Dollars, Auszahlung Newyork des letzten Notierungstages vor dem Anrechnungstage. Dieser Kurs wird täglich bekanntgemacht. War die Steuer schon vor dem Tage fällig, an dem der Ausweis zur Anrechnung vorgelegt wird, so wird der Umrechnung der Dollarkurs des Fälligkeitstages zugrunde gelegt.

(·) **Bildungsmöglichkeiten für junge Mädchen.** Einen neuen Arbeitszweig der Inneren Mission, welcher vor allem dem verarmten Mittelstande zugute kommt, haben die evangelischen Diakonieanstalten Kreuznach ins Leben gerufen. Es handelt sich um die Eröffnung von Bildungsmöglichkeiten für die jungen Mädchen aus dem Mittelstand, deren Eltern jetzt weniger als je imstande sind, ihren Töchtern die beste Ausstattung fürs Leben zu gewähren: die Ausrüstung zur Ergreifung eines sie befriedigenden und ihre Zukunft sicherstellenden Lebenslaufs. In einjährigem Kursus zu ganz billigen Preisen wird jungen Mädchen mit guter Volksschulbildung, etwa vom 16. Jahre an, in Kreuznach Gelegenheit gegeben, sich auf eine an dem Kindergärtnerinnen-Seminar abzulegende schulwissenschaftliche Vorprüfung zu rüsten. Diese Prüfung — gleichwertig mit einer Mittelschulabgangsprüfung — berechtigt zum Eintritt: 1. in ein Kindergärtnerinnen-Seminar, 2. in ein Seminar zur Ausbildung technischer Lehrerinnen, 3. in eine soziale Frauenschule zur späteren Betätigung in Wohlfahrtspflege. Aber auch für die Ergreifung des Frauenberufs — des Diakonissenberufs — bietet die Kreuznacher Förderklasse, über deren Bedingungen die Direktion der evangelischen Diakonie-Anstalten daselbst Auskunft erteilt, den jungen Töchtern evangelischen Bekenntnisses wünschenswerte Einführung und Vorbereitung.

= **Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze.** Für das preußische Staatsgebiet sind folgende Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1923 in der Ortsklasse A festgesetzt:

1. für männliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	60	Mill. Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	48	„ „
c) unter 21 Jahren	36	„ „
2. für weibliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	48	„ „
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	40	„ „
c) unter 21 Jahren	28	„ „
3. Als Familienzuschläge für		
a) den Ehegatten	22	„ „
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	18	„ „

Für das besetzte und das ihm gleichgestellte Gebiet regeln sich die Höchstsätze nach Maßgabe des Erlasses des Wohlfahrtsministers vom 30. September 1923. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge betragen die Durchschnittssätze in derselben Zeit in der Ortsklasse A 96 Millionen.

= **Die Lage des Arbeitsmarktes.** Nach dem Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe in der Zeit vom 30. 9. bis 6. 10. 1923 vom Landesarbeitsamt Münster zeigte sich die Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe in der abgelaufenen Berichtswoche bei weiter nachgelassener Geschäftstätigkeit in allen Industrie- und Gewerbezweigen schwankend und unsicher. Der Mangel an Neuaufträgen und die Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Kapitalbeschaffung, im Zusammenhange mit der fortschreitenden Geldentwertung, haben zu weiteren Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen geführt. Die Zahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zeigen eine ständig steigende Tendenz. Aus den übrigen Berufsgruppen ist wesentliches nicht zu berichten. Durchweg hat sich überall die Geschäftslage weiter verschlechtert.

= **Sauerländischer Gebirgsverein.** Von der furchtbaren Teuerung werden auch die idealen Vereine betroffen. Die Hauptverwaltung des S. G. V. in Iserlohn ist in große Not geraten. Viele Abteilungen haben größere freiwillige Spenden aufgebracht. Auch die Bochumer Abteilung bittet ihre Mitglieder, die auf den Werken und größeren Verwaltungen noch nicht gespendet, doch auch einige Goldpfennige zu überweisen. Scheckkonto bei der hiesigen Sparkasse, Postscheckkonto Nr. 13505 Dortmund.

× **Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung.** Am kommenden Montag abend beginnt das erste Semester der neuen staatlichen Verwaltungsschule in der Oberrealschule I an der Goetheschule. Arbeitern und Angestellten wird hier Gelegenheit gegeben, sich besonders für die Laufbahn der Verwaltungsbeamten in erforderlichem Maße vorzubereiten.

= **M. B. V. Lindens Sportplatz besetzt.** Einschließlich nächsten Sonntag ist der Sportplatz des M. B. V. Linden von französischen Truppen besetzt worden, sodaß das Fußballspiel gegen Bochum 48 wahrscheinlich auf einem Bochumer Platz stattfinden muß.

□ **Neues Operetten-Theater.** Die Gilbert-Operette „Katja die Tänzerin" erlebt allabendlich einen vollen Erfolg, trotz, oder vielleicht gerade wegen ihres dramatischen Einschlags, trotz des possenmäßigen Auslaufs im letzten Akt. Was aus der Operette herauszuholen ist, wird vornehmlich von den gastierenden Künstlern, Friedel Scarron und Ernst Vogler, herausgeholt, und das will bei dieser Operette viel heißen. Jean Gilbert (der bekannte Winterstein) glaubte mit der Vertonung dieses Stückes sich mehr auf opernmäßige Bearbeitung der Partituren legen zu müssen, mit dem Resultat, daß er ein musikalisches Ungeheuer schuf, das den einzelnen Rollen unnötige Schwierigkeiten auferlegt. Die importierten leichtflüssigen amerikanischen Songs seiner früheren Operetten haben bes-

Die Gas-, Wasser- und Stromberechnung.

Juristisch unhaltbare Einziehungs-Methoden.

In dieser Angelegenheit, die die Gemüter auch hier schon stark erregt hat, schreibt die „Deutsche Allg. Zeitung":

„Wir erhalten unzählige Zuschriften, die sich über die Art der Einziehung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserrechnungen durch die städtischen Werke und die privaten Gaswerke beschweren. Die Werke gehen anscheinend davon aus, daß sie berechtigt sind, stets denjenigen Preis zugrunde zu legen, der im Augenblick der Ablesung gilt. Das ist juristisch gänzlich unhaltbar! Die Werke sind infolge einer unzureichenden Zahl von Einziehungsbeamten nicht in der Lage, rechtzeitig die Ablesung und die sich darauf gründende Berechnung und Einziehung vornehmen zu lassen; sie befinden sich also, juristisch gesprochen, im Gläubigerverzug. Denn die Verbraucher würden gern in Wochenabschnitten oder in noch kleineren Zeiträumen zahlen. Wenn die Werke allwöchentliche Ablesungen, wie bisher (in Berlin) verkehrsüblich war, nicht vornehmen können, so darf das doch den Abnehmern nicht zum Schaden gereichen.

Nun können die Werke allerdings einwenden, daß die Abnehmer materiell nicht geschädigt sind, denn der Lieferungspreis ginge nur fiktiv herauf, nämlich durch die Entwertung der Mark; die Abnehmer zahlten also bei späterer Zahlung in schlechterer Mark, könnten sich demnach nicht beklagen, und die Werke hätten keinen Vorteil davon.

Dieser Gedankengang wäre richtig, wenn es wahr wäre, daß die Erhöhung des Lieferungspreises mit der Markentwertung absolut gleichen Schritt hielte! Hier ist aber der logische Fehler in der Auffassung der Werke, und damit würden die Werke bei den Gerichten, wie das übrigens schon in Hamburg und Hannover zum Ausdruck gekommen sein soll, nicht durchdringen. Der Kohlenpreis, der für diese Lieferungen maßgebend ist, ist nicht bloß infolge der Markentwertung, also fiktiv gestiegen, sondern weit darüber hinaus, wie der Vergleich mit den Weltmarktpreisen zeigt. Diesen Teil der Mehraufwendungen braucht aber der Konsument mit Rücksicht auf den Verzug des Gläubigers nicht zu tragen. Natürlich wird es sehr schwer sein, das Verhältnis des Prozentsatzes, bei dem eine effektive, von den Werken zu tragende Preissteigerung vorliegt, zu demjenigen Prozentsatz zu finden, der die auf der Markentwertung beruhende und rein fiktive Steigerung betrifft; aber unmöglich ist diese Feststellung nicht.

Außer diesem rechtlichen Bedenken gegen das Verfahren der Werke ist aber noch ein wirtschaftliches in Betracht zu ziehen. Wenn jemand im März 1923 ein Büffet für 50 000 Mark bestellt hat, so kann er den Tischler gewiß nicht zwingen, ihm im September, wo ein solches Büffet mehrere Milliarden kostet, den Kaufgegenstand für den Vertragspreis zu liefern. Darüber sind sich heute die Gelehrten und die Gerichte einig, und das gilt auch, wenn der Lieferant im Verzug ist. Eine andere Frage ist aber, ob der Besteller zu dem auf das Vielfache erhöhten, wenn auch fiktiven Preise in der entwerteten Mark das Büffet abnehmen muß. Hier steht mit dem Reichsgericht die gesamte Rechtslehre und Rechtsprechung auf dem Standpunkt, daß der Besteller zwar den Festpreis aufwerten muß, wenn er den bestellten Gegenstand haben will, daß er aber bei übermäßiger Preissteigerung berechtigt ist, zu erklären, dieser, wenn auch nur fiktiv erhöhte Preis übersteige seine Kapitalkraft, und daß er das Büffet dann nicht zu nehmen braucht. Wendet man diese Grundsätze auf die Werklieferungen an, die ja als geschehen nicht mehr redressiert werden können, so kommt man bei diesen auf den Grundsatz, daß der Abnehmer nur zu zahlen braucht, was ihm zuzumuten ist. Wenn die Werke verspätet einziehen, so werden sie in zahlreichen Fällen auf Abnehmer stoßen, die gar nicht in der Lage sind, das große, nunmehr erforderte Kapital aufzubringen und die erklären werden: Hätten wir die enorme Nachforderung geahnt, dann hätten wir uns eingeschränkt oder den Gasverbrauch völlig unterlassen. Auch dieses Moment der Zumutbarkeit würden die Gerichte bei der Frage, in welcher Höhe die Werke zu einer Nachforderung berechtigt sind, in Rücksicht ziehen.

Kurz, so einfach, wie die Werke sich das denken, nämlich, daß sie ohne weiteres den jeweiligen Tagespreis im Augenblick der Ablesung fordern könnten, liegt die Sache juristisch nicht; darüber werden sie in den zahlreichen Prozessen, die gegenwärtig laufen oder zu laufen beginnen werden, wohl belehrt werden. Wir möchten den Werken raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen, und eine mittlere Linie zu finden, auf der sie sich mit den Konsumenten einigen können. Nur dann werden sie auch bei den Gerichten Unterstützung finden."

Gesina van Ingen.

Originalroman von Anny v. Panhuys.
(Nachdruck verboten.)

Abdrucksrecht durch Karl Köhler & Co., Berlin W. 15.

(3. Fortsetzung.)

Maria van Ingen war die einzige Schwester von Gesinas Vater, der Baumeister in Amsterdam gewesen, wo er mit seiner Frau vor zwei Jahren ohne Vermögenshinterlassung starb. Damals mußte sie sich der Waise annehmen, denn außer ihr besaß Gesina nur noch einen entfernten Verwandten mütterlicherseits, und der lebte in Indien.

Maria van Ingen war Gesellschafterin gewesen und nachdem sie zuletzt fast zehn Jahre eine alte kranke Dame betreut, die in dem kleinen, Berlin so nahe gelegenen Nest, daß man es fast Vorort nennen konnte, wohnte, wurde sie deren Erbin, erhielt das kleine Haus bei Berlin und dazu ein Vermögen, von dem sie sorglos zu leben vermochte, wenn es ihr auch keine großen Sprünge zu machen gestattete. Ihre Tage spannen sich still ab bis Gesina kam, dies seltsame Mädchen, halb scheu, halb Wildkatzennatur, bei der man ständig auf der Hut sein mußte. Maria van Ingen kannte dem Charakter ihrer Nichte nicht, das rote Haar schon schien ihr eine Warnung. Gesinas Mutter hatte auch dieses Feuerhaar gehabt und die beiden Schwägerinnen waren einander niemals besonders sympathisch gewesen.

Jetzt stürmte Gesina ins Haus und die Tür flog mit lautem Knall hinter ihr ins Schloß.

„Was sind denn das für Gassenbubengewohnheiten?" rief ihr das alte Fräulein empört entgegen und setzte die strengste Miene auf.

Sie sprach ihre holländische Muttersprache mit unverkennbarer deutschem Akzent, sie lebte ja schon so lange in Deutschland.

Gesina antwortete zunächst überhaupt nicht, dann ballte sie die rechte Hand und schüttelte diese Faust in der Richtung der Gärtnerei und eine Flut von holländischen Worten kam aus ihrem Munde. Das alte Fräulein begriff gar nichts davon, bis sie empört Ruhe gebot.

„Nun erkläre mir kurz und deutlich, was geschehen ist, und was dir der junge Herr Elmhorst getan, denn um ihn scheint sich die Sache zu drehen, sprich aber langsam, oder noch besser, sprich deutsch, sonst werde ich doch nicht aus dem Durcheinander klug."

Gesina fuhr sich mit den Fingerspitzen über die Augenlider, hinter denen brennende Tränen des Zornes und der Empörung darauf harrten, überströmen zu dürfen. Langsam und deutlich sagte Gesina nun in deutscher Sprache:

„Mynherr Elmhorst hat mich ‚Fuchsin' genannt, weil ich rote Haare habe und seine Rosen wildere und er beleidigt mir schrecklich und sagt, ich habe häßlich Haar, eine Frau mit mein Haar will er sich in sein Leben nicht trauen."

Maria van Ingen schüttelte den Kopf, doch dann begriff sie, was Gesina meinte und belehrte zunächst:

„Das holländische Wort „trouwen", das man wie „trauen" ausspricht, wird mit „heiraten" übersetzt, du meinst also: Eine Frau, die deine Haarfarbe besitzt, wird er nicht heiraten. Gut! Aber was geht dich das an, wen Herr Elmhorst einmal heiratet?"

Das Letzte klang sehr zürnend.

„Nichts geht mir das an, gar nichts, aber ich habe Schmerzen, weil er mir „Fuchsin" genannt hat, und auf meine schöne Haar Spott getan hat."

Die junge Stimme zitterte und die dunklen Augen schimmerten plötzlich sehr verdächtig.

„Närrin," grollte das Fräulein und die blonden faden Brauen zogen sich eng zusammen über der schmalen, etwas gespitzten Nase, „du brauchst nicht überempfindlich zu sein, denn was dir Herr Elmhorst gesagt hat, wirst du noch oft in deinem Leben hören müssen, dein Haar ist ja auch sehr, sehr häßlich. Im Mittelalter verurteilte man solche Rothaarige wie dich zum Scheiterhaufen und verbrannte sie als Hexen."

Ihr Groll gegen die wunderschöne tote Schwägerin, Gesinas Mutter, mit der sie sich niemals verstanden, entlud sich wieder einmal etwas. Ihr tat das gut, denn sie selbst war unscheinbar gewesen von jung an und grollte von je den weiblichen Wesen, die von der Natur bevorzugt waren.

Gesina hob trotzig den Kopf, um den das Flammenhaar sich lockte und zog die prachtvollen schweren Zöpfe über die Schultern nach vorn. Sie blickte darauf nieder und warf sie dann wieder hinter sich auf den Rücken.

„Mein Vormund, Willem Bouwers, der doch ein berühmter Maler ist, hat mein Haar immer mit Verrücktheit bewundern gemußt und er weiß mehr von das, als dumme Menschen," verteidigte Gesina ihr Haar.

Das alte Fräulein lächelte säuerlich und ermahnte: „Du mußt dir mit der deutschen Sprache mehr Mühe geben, der Freund deines Vaters hat dein Haar sicher nicht mit „Verrücktheit" bewundert, sondern mit Entzücken. Im übrigen ist ein Maler nicht für den allgemeinen Geschmack maßgebend. Aber nun genug der Unterhaltung über das Thema. Jetzt gehe an deine französische Uebersetzung, damit du vorwärts kommst, mit achtzehn Jahren wirst du deine erste Gesellschafterinnenstellung antreten, das weißt du doch, und es sind nur noch sechs Monate bis dahin."

Gesinas weißes Gesicht ward plötzlich steinern und trotzig stieß sie hervor:

„Noch sechs Monate! Bis dahin kann ich wie eine Hexe auf eine Scheiterhaufen verbrannt sein oder ein reiche Mann heiraten oder mit ein Zirkus in die weite Welt gerissen sein." — „Gerexst sein-" verbesserte Maria van Ingen mit scharfer Stimme. „Also solche Gedanken wohnen hinter deiner Stirn?" Ihre Hände bebten. Großer Gott, mit was für Ideen schlug sich Gesina herum! Sogar an das Herumziehen mit einem Zirkus hatte sie gedacht, so wenig lag ihr daran, als Gesellschafterin ein wenn auch bescheidenes, so doch anständiges Brot zu verdienen.

Die Dame sprang von ihrem Fensterplatz empor, pflanzte sich vor Gesina auf und während ihre ragere Rechte dem jungen Mädchen immer vor der Nase herumtanzte, machte sie ihrem Herzen Luft. „Du bist ein schlechtes Geschöpf, albern, kindisch, und vor allem undankbar! Ich habe mich nicht über dich erbarmt, um Schande an dir zu erleben, und das werde ich, wenn du solche Dinge denkst, wie du eben ausgesprochen. Pfui über dich! Ja, ehe du mit Tierbändigern, Reitern und wilden, geschminkten Weibern in grünen Planwagen wie eine Zigeunerin durch die Welt ziehst, wäre es tausendmal besser, man verbrennt dich als Hexe. Oh, du hast es in dir, dabei tust du meist, als könntest du nicht bis fünf zählen, du Komödiantin, du Schande des Namens Ingen, du Füchsin!"

Füchsin, das spielte sie als letzten Trumpf aus, weil sie seit vorhin bestimmt wußte, wie sehr das Wort Gesina beleidigte.

Das junge Mädchen war von der drohenden Rechten der aufgeregt vor ihr hin und her zappelnden Tante etwas zurückgewichen, ihr Deutsch saß nicht fest genug, um diesem rasend raschen Erguß folgen zu können, aber die Hauptsache begriff sie und deshalb begrif sie auch, was ihr die Tante schon öfter klar gemacht, daß sie ganz von deren Gnade abhing und sie zu tun hatte, was diese befahl.

Sie sollte Gesellschafterin werden und besaß durch ihre Abhängigkeit kein Recht eines eigenen Denkens, einer eigenen Meinung. Sie mußte sich in den Lebensberuf einpferchen lassen, den die alte Tante für sie erwählt, weil es einmal ihr eigener gewesen. Ein Beruf, der Unterwürfigkeit und Duldsamkeit und das völlige Ausschalten eigener Wünsche erheischte. Ein Beruf, der sich dem Wünschen und Wollen irgend welcher launischen Herrin zu fügen hat und vorbei führt an Glück und eigenem trauten Heim, immer vorbei, bis man alt und grau dabei geworden, gleich Tante Maria und verbittert wie sie und eine alte Jungfer wie sie. Alles Glück und aller Genuß, all Befriedigung und Freude für die Herrin, die Entbehrung aber war ihr Teil bis zum Ende.

In Gesinas Brust waren alle bösen Geister los, aber sie zwang eine Entgegnung zurück. Wozu den alten, verbitterten Fräulein ihr Sinnen und Denken noch weiter offenbaren? Wozu ihr sagen, daß sie ihr ganzes Dasein nicht an der Kette der Abhängigkeit hinbringen möchte, daß sie auch genießen wollte, daß sie Liebe und Glück auch kennen lernen wollte?

(Fortsetzung folgt.)

Handel / Industrie / Verkehr.

Wirtschaftszahlen.

Dollar (amtlich) gestern (Brief)	2 982 437 500 Mk.
„ „ vorgest. („)	1 203 000 000 „
Reichsbankdiskont . 7½% monatl. 90 % jährl.	
Goldzollmark (10.—12. 10.) . . .	137 000 000 Mk.
Silberankauf	55 000 000 fach
Grosshandelsindex	84 500 000 fach
Goldzollaufgeld (10.—12. 10.) . .	13 699 999 900 %
Goldumrechnungssatz für die Landabgabe (10.—12. 10.) . . .	137 000 000 Mk.
Eisenb.-Personentarif-Schl. .	60 000 000 „
Eisenb.-Güterverk.-Schluss. .	72 000 000 „
Lebenshaltungsindex (24. 9.) .	40 400 000 „
Buchhändlerschlüssel (8. 10.) .	170 000 000
Buchdruckgewerbe - Schluss.	7 500 000
Roggen märk. 50 kg (9. 10.) . .	800 000 000
Aerztekammer-Index	50 000 000
Arznei-Taxe (10. 10.)	2 700 000
Hotelindex	70 000 000

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für je 1 (Österr. 100) der Landeswährung in 1000 Mark

Für drahtl. Auszahlung.	10. Okt. Geld	10. Okt. Brief	9. Okt. Geld	9. Okt. Brief	Höchst. bish. G.
Holland	1162084.	1162910.	473812.5	476187.5	473812.5
Belgien	154612.5	155387.5	63840.0	64160.0	63840.0
Norwegen	458850.0	461140.0	189525.0	190475.0	189525.0
Dänemark	520695.0	523305.0	211497.0	212503.0	211497.0
Schweden	783037.5	786962.5	319200.0	320800.0	319200.0
Italien	134662.5	135337.5	54463.5	54736.5	54463.5
England	13 460 350.	13 533 750.	5486250.	5513750	5486250.
Amerika	2967562.	2982437.	1197000.	1203000.	1197000.
Frankreich	181545.0	182455.0	72817.5	73182.5	72817.5
Schweiz	528675.0	531325.0	236109.0	216540.0	236109.0
Spanien	402990.0	405010.0	164837.5	163407.5	164837.5
Dtsch.-Oest	41895.0	42105.0	15460.0	17243.0	15460.0
Tsch.-Slow.	89775.0	90225.0	62592.5	63290.5	62592.5
Ungarn	159600.0	160400.0	17157.0	65163.0	17157.0

Fortgang der Devisenhausse. — Der Dollar drei Milliarden. Weiteres Steigen der Effektenbörse. Börsenstimmungsbild.

Berlin, 10. Okt.

Die Devisenhausse erhielt neue Nahrung durch die Meldung Pariser Blätter, daß der Schritt des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré voraussichtlich ergebnislos verlaufen ist, und daß Frankreich nicht daran denke, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Man hörte in der ersten Börsenstunde den Dollar mit 2,7—3 Milliarden Mark, das Pfund mit 13—14 Milliarden nennen, Schatzanweisungen mit 2,4 und Goldanleihe mit 2,1 Milliarden. Amtlich notierten Kabel-Newyork 2,975 Milliarden bei 8 Prozent Zuteilung und das Pfund mit 13,5 Milliarden bei 5 Prozent Zuteilung.

Die Effektenkurse erreichten eine bisher noch nie dagewesene Höhe. Am Montanmarkt gingen insbesondere die westdeutschen Montan- und oberschlesischen Werte stark in die Höhe. Die Stinneswerte erreichten durchschnittlich Kursgewinne in Höhe von 40 Milliarden, von den oberschlesischen Werten gewannen Hohenlohe 8,4, Oberbedarf 3,5 Milliarden. Die führenden Werte der heimischen Industrie konnten ihren Kursstand verdoppeln. Starke Gewinne verzeichneten Anglo-Guano (+ 12,75 Milliarden). Elektrowerte zeigten sich besonders fest. Am Maschinenmarkt verzeichneten große Gewinne Berlin-Karlsruhe (+ 10 Milliarden). Petroleumwerte konnten ihren Kursstand verdreifachen. Am Schiffahrtsmarkt notierten Hapag 24 Milliarden.

Deutsche Aktiengesellschaften.

Westfälische Metallindustrie A.-G. in Lippstadt. Die ao. H. V. am 27. 10. soll Beschluß fassen über Umwandlung von 500 000 ℳ Vorzugsaktien in Stammaktien und Erhöhung des Aktienkapitals um höchstens 1 Million Mark.

Klingemann u. Krebs, Eisen- und Stahl-Aktiengesellschaft. In der außerordentlichen Generalversammlung ist die Kapitalserhöhung um 11 000 000 Mark auf 35 000 000 Mark beschlossen unter Einräumung eines Bezugsrechtes für die alten Aktionäre im Verhältnis von 5:1 bei einem Preis von nominell 1000 Mk. = Goldmark 1,50.

Rheinische Elektrizitäts-A.-G. Mannheim. Die Gesellschaft kündigt zum 1. Oktober 1925 ihre 4½ Prozent Anleihe von 1919, zum 1. Mai 1926 die 4½ Prozent Anleihe von 1920, zum 2. Januar 1928 die 5 Prozent Anleihe von 1921, zum 1. Juli 1928 die 5 Prozent Anleihe von 1922. Die Rückzahlung erfolgt zu 102 Prozent des Nennwertes.

Union-A.-G. für Metallindustrie Hannover. Die ao. H. V. beschloß Erhöhung des Aktienkapitals um 50 auf 120 Millionen Mark Stammaktien und 2 Million 6pros. Vorzugsaktien.

Süddeutsche Karosseriewerke A.-G. in Heilbronn. Die ao. H. V. am 30. 10. soll Beschluß fassen über Erhöhung des Aktienkapitals um bis zu 76 auf bis zu 100 Mill. Mk. Inhaberaktien und Festsetzung der Ausgabemodalitäten.

Großkraftwerk Franken A.-G. Die ao. H. V. beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 48 auf 85,65 Mill. durch Ausgabe von 7650 Stück Vorzugsaktien mit 10fachem Stimmrecht und 30 000 Stück Stammaktien. Die alten Aktionäre erhalten ein Bezugsrecht 4:1 zum Preise von 1 Dollar gleich 4,20 Goldmark.

Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken A.-G. in Zella-Mehlis. Aus einem Reingewinn von 54,5 (4,2) Mill. Mk. sollen 2250 (60) Prozent Dividende verteilt werden.

Dyckerhoff u. Widmann, Biebrich a. Rh. Die ao. G.-V. beschloß, das Grundkapital auf 125 Mill. Mk. zu erhöhen durch 37 Mill. Mk. Stamm- und 3 Mill. Mk. mehrstimmige Vorzugsaktien. Auf 5 alte Stamm- und Vorzugsaktien entfällt eine neue Stammaktie zum Gegenwerte von 50 Dollarcents.

Union Bau-Gesellschaft auf Aktie in Berlin. Der Bezugspreis für die jungen Aktien der Gesellschaft ist auf 30 Mill. Prozent zuzüglich Schlußnotenstempel und Bezugsrechtssteuer festgesetzt. Die Bezugsfrist läuft am 15. Oktober ab.

Zahnräderfabrik Köllmann A.-G. Leipzig. Den Inhabern der 8prozentigen Teilschuldverschreibungen von 1920 wird ein Umtausch in Stammaktien unter folgenden Bedingungen angeboten: Gegen Einlieferung von je 50 000 Mark dieser Obl. kann eine neue Stammaktie der Gesellschaft über nom. 1000 Mk. erhoben werden. Den Besitzern kleinerer Beträge wird der Gegenwert des entsprechenden Bruchteils einer Aktie vergütet. Umtausch resp. Abrechnung bis spätestens 31. Oktober 1923 bei der Dresdner Bank in Leipzig.

Neue Preise.

Deutscher Blankschrauben-Verband, Hagen i. W. Die Aufträge für blanke Schrauben, Muttern und Drehteile sind ab 8. Oktober 1923 für Aufträge bezw. Angebote auf Eisen- und Stahlteile aus der Zeit vom 1. bis 7. 10. 1923 200 Prozent, für Aufträge bezw. Angebote auf Messingteile 200 Prozent. Für Aufträge und Angebote aus weiter zurückliegender Zeit sind die Aufschläge entsprechend geändert worden.

Der Verein nordeutscher Eisengießereien hat in Anlehnung an die vom Reichsverband der deutschen Industrie aufgestellten Richtlinien für die Durchführung der Goldberechnung mit sofortiger Wirkung Aenderung der Verkaufs- und Lieferungsbedingungen beschlossen.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Fachverbandsgruppe 7, Düsseldorf (Hochofen-, Stahl- und Walzwerke, Kaltwalzwerke, Adjustagemaschinen, Dampfhämmer und hydraulische Maschinen) hat mit Gültigkeit ab 4. ds. Mts. beschlossen, die bisherigen Zahlungsbedingungen dahin abzuändern, daß nicht mehr der Eingangstag der Zahlung, sondern der Tag der verlustfreien Verfügbarkeit für die Abgeltung maßgebend ist. Die Gruppe folgt hierin dem Beispiel der Rohstoffverbände und der Banken. Ferner beschloß die Gruppe eine Erhöhung der Preise um 50 Prozent (Teuerungsfaktor 1,50) bei gleichzeitiger Erhöhung der Dollargrundlage auf 1 Dollar gleich 551 375 000 Mark.

Englische Kohleneinfuhr über Hamburg. Im Hamburger Hafen sind lt. „Industrie-Courier" in der Zeit vom 22. 9. bis 5. 10. 284 678 Tonnen englische Kohlen eingelaufen.

Produkten-Märkte.

Köln, 9. Okt. (Getreidebörse.) (Alles in Milliarden Mark.) Weizen 6,2—6,7, Roggen 4,7—5, Hafer 3,5—5, Zuckerschnitzel 2. Wiesenheu 0,8—1, Kleeheu 1—1,4, Roggen und Weizenstroh 0,6—0,7, Haferstroh 0,3. Die rapide Steigerung der Devisen erschwerte das Geschäft in hohem Maße. Die Umsätze waren nicht bedeutend. Weizenmehl wenig gehandelt, Roggen etwas mehr. Im allgemeinen herrschte große Zurückhaltung.

)(**Fleischpreise in Bochum.** Der Bericht der Preisnotierungskommission vom 8 Oktober lautet wie folgt: Auftrieb: 73 Stück Großvieh, 81 Kälber, 65 Schweine, 4 Schafe. Die Marktpreise betrugen pro 1 Pfd. Schlachtgewicht (in Millionen) für: 1. Ochsen und Kühe: Vollfleischige ausgemästete bis zu 7 Jahren 125—128 Mk., mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere 110—124 Mk., geringe Ochsen und Kühe 90—100 Mk. 2. Bullen: Vollfleischige ausgemästete Bullen höchsten Schlachtwertes und mäßig genährte junge und ältere Bullen 90—100 Mk. 3. Kälber: 1. Qualität (ausgesuchte über Notiz) 138 Mk., 2. Qualität 125—135 Mk. 4. Schweine: Schwere fette Schweine u. vollfleischige Schweine bis zu einem Jahr 130 Mk., geringe Schweine und Sauen 115—125 Mk. Der Handel war langsam.

Berliner Börsen-Kurse vom 10. Oktober 1923.

	10.	8.		10.	8.		10.	8.		10.	8.
Bankaktien	In 1000 000 %		Boch. Gußstahl	45000.	16500.	Görlitz. Wagg.	2700.	1190.	OeckingStahlw.	—	—
Barmer Bankv.	2600.	800.	Böddingh., Rei.	600.	400.	Hacketh. Draht	850.	325.	Oranst. Koppel	8000.	2600.
Berl. Handelsg.	16000.	5050.	Böhler & Co.	25000.	5500.	Hannov. Masch.	—	10000.	Phönix Bergw.	34000.	8900.
Com.u. Privatb.	3000.	600.	Bösperde Wals.	4600.	1200.	„ Wagg.	5000.	1550.	Phönix Braunk.	6000.	2000.
Darmst. Bank	3500.	900.	Braunk. u. Brik.	6500.	2000.	Harburg. Eisen	—	—	Poege Herm.	800.	—
Deutsche Bank	4800.	1645.	Braunsch. Kohl.	—	4000.	Harkort Bergw.	—	1700.	Reisholz Papier	1000.	680.
Disconto-Ges.	6000.	2400.	Bremer Vulkan	—	8000.	Harp. Bergw.	60000.	17500.	Rh. Braunkohle	30000.	9250.
Dresdner Bank	3000.	740.	Buderus Eisen	19000.	4000.	Hartmann Masch	900.	380.	Rh. Stahlwerke	38000.	9000.
Ess. Cred. Anst.	—	650.	Busch Lüdensch	6000.	1500.	Hasp. Eis. u. St.	—	—	Rh.-West. Kalk.	6700.	—
Reichsbank	—	1800.	Busch Waggon	4500.	2000.	Heckmann C.	20000.	—	Rh.-W. Metallw	7600.	—
Brauereiaktien			Caro	—	—	Hemm. Portl.-C	—	—	Riebeck Mont.	26000.	12000.
Boch. Viktoria	—	—	Chem. Griesh.	7500.	2654.	Hilpert Masch.	5000.	172.	Romb. Hütte	14000.	6300.
Dortm. Aktien	4000.	1500.	Chm. F. Buckau „ Heyden	2400.	720.	Hirsch Kupfer	30000.	10000.	Rosenthal. Porz	12000.	4000.
Dortm. Union	4000.	1500.	Chem. Weller	9000.	3200.	Hohenlohe	16000.	5750.	Rositzer Braunk	12000.	4500.
Glückauf-Gels.	—	—	Chem. Ind. Gels.	—	—	Howaldswerke	—	200.	Rositzer Zucker	5000.	2500.
MüserLangend.	—	—	Concordia Bg.	—	—	Höchst. Farben	7500.	2700.	Rütgerswerke	7600.	1860.
Schlesr. Scharp.	—	—	Cons. Schalke	—	—	Hösch Stahlw.	44000.	13500.	Sachsenwerk	850.	840.
Schultheiss-Pa.	2400.	900.	Daimler Mot.	1100.	300.	Humb. Masch.	21000.	6000.	Sächs. Kartonf.	350.	230.
Wicküler-Küpp	—	—	Delmenh. Linol.	550.	1100.	Ilse Bergbau	16500.	5800.	Salzdetfurth	—	—
Schiffahrtsaktien			Dessauer Gas	3000.	950.	Junghans Gebr.	—	—	Sarotti's Schok.	400.	205.
Dtsch.-Austr. D.	75100.	5000.	Dtsch.-Atl. Tel.	3500.	1400.	Kahlu Porz.	1900.	810	Scheidemandel	18000.	4700.
Dtsch.-Ostafr. G	—	—	Dtsch. Kabel	—	290.	Kali Aschersl.	13000.	3100.	Schuckert Co.	35000.	9250.
Hamb. Am. Pak.	33000.	6300.	„ Spiegeglas	7000.	2250.	Klöckner	—	—	Schweim. Eisen	—	—
Hamb.-Südam.	17500.	6000	D.-Lux. Bergw.	44000.	11900.	Köln Neuessen	40000.	12000.	Seebeck	2500.	1300.
Hansa-Dampfs.	—	2000.	Deutsche Erdöl	65000.	13500.	Köln Rottweil.	4100.	1400.	SiemensHalske	35000.	9200.
Kosmos	16500.	5500.	Deutsche Kali	15000.	7050.	Körting Gebr.	1750.	875.	Stettin. Vulkan	13000.	6100.
Nordd. Lloyd	3500.	1100.	Deutsch. Masch.	3500.	800.	Küppersbusch	—	—	Stöhr Kamm.	34000.	9000.
Industrieaktien			D. Schachtbau.	—	—	Lahmeyer &Co.	6000.	1600.	Stoewer Nähm.	2500.	800.
Aachener Led.	2715.	800.	Dresd. Gardin.	400.	160.	Laurahütte	19500.	7000.	Stollberg. Zink	35000.	8500.
Aachener Spin.	500.	180.	Dürkopp	3000.	1000.	Lothr. Portl.-C.	—	—	Thale Eisen	—	—
Adlerwerke	860.	480.	Dynamit Nobel	3400.	1075.	Lüdensch. Met.	1500.	500.	Thoerls Oel	2900.	1450.
A.-G. f. Anilin	6000.	2200	Elbert. Farben	8500.	1400.	Magd. Bergw.	—	—	Tuchf. Aachen	2100.	725.
Alexand.-Werk	1500.	375.	Elekte. L. u. K.	8000.	1700.	Mannesmann	28500.	8500.	Ver. Dtsch. Nick.	5500.	1800.
Allg. Elek. Ges.	4100.	1100.	Eschweil. Berg.	40000.	10500.	MansfeldBergb	8500.	2160.	V. Glanzst. Elbf.	10000.	5500.
Ammendorf. Pa	—	475.	Essener Steink.	60000.	14500.	Mannesm. Mul.	2800.	1400.	Vogtländ. Masch.	500.	200.
Anglo Guano	1400.	5000.	Faber Bleistift	1000.	545.	MarkPortl. Cem.	—	—	Vorwohl. Pl.-C.	—	—
Anhalter Kohle	10000.	3900.	Fahrb. List & Co.	2100.	900.	Masch. Baum	—	—	Wanderer Fahr.	2100.	1200.
Annener Guss	7000.	2300.	Feldmühle Pap.	1600.	580.	Masch. Buckau	1400.	700.	Warstein Grub.	2000.	—
Augsb.-Nürnb.	11000.	6000.	Flender Brück.	2700.	945.	Masch. Kappel	2000.	1700.	Westd. Jute-Sp.	—	—
Bad. Anilin	10000.	3800.	Flensb. Schiffsb.	—	—	Meyer Herm. T.	—	—	Westereg. Alkal.	13500.	4100.
Balcke Masch.	1800.	700.	Gaggen. Eisen	1600.	760.	Meyer Kauffm.	—	—	Westfalia Dinn.	4000.	1300.
Baroper Walz.	—	4000.	Ganz Lud.	—	150.	Meyer Dr.	400.	140.	Westf. Drahtw.	7500.	2000.
Basalt-A.-G.	11000.	3800.	Gels. Bergw.	44000.	17500.	Motoren Deutz	10500.	6400.	Westf. Kupfer	3000.	1000.
Bedburg. Woll.	1200	590.	Gels. Gußstahl	—	2900.	Mülh. Bergw.	—	1800.	Weyersberg	—	—
Bemberg Bmw.	5000.	1300.	Gerresh. Glash.	—	—	National Auto.	910.	400.	Wicking Zem.	5000.	2500.
Berg Carl Evck.	10000.	4000.	Gladb. Woll.-I.	—	2200.	Neckarwerke	—	—	Wickrath Led.	—	—
Bergm. Elektr.	7500.	1500.	Gladb. Textil	—	500.	NeptunSchiffsw	3000.	500.	Witt. Gußstahl	—	—
Berl.-Anh.-Ma.	2500.	700.	Glas Schalke	—	—	Niederlaus. Khl.	10000.	3000.	Wolf R.	5100.	1300.
Bing Nürnberg	1750.	575.	Goldschmidt	9500.	—	Nordd. Cell.	—	—	Zeitzer Eisenq.	4500.	2100.
			Gothaer Wagg.	—	750.	„ Wollkäm.	12000.	3100.	Zellstoff Waldh.	3400.	1460.
						Oberschl. Bed.	15000.	5000.	Zwickau. Masch	—	—
						Oberschl. Koks.	18600.	6700.			

ser gefallen können. Doch welche Mängel das Stück an sich aufweist, unsere Operettenbühne weiß es flott zu geben, wofür die zahlreichen Hervorrufe Zeugnis ablegen. Die Katja Friedel Scarrons, mit aller Leidenschaft dargestellt, ist waschecht und eine glänzende Leistung. Prinz Sascha, von Ernst Vogel kreiert, steht dem kaum nach. Beide Künstler wissen auch den hohen stimmlichen Anforderungen vollauf gerecht zu werden. Maximilian Richter als Privatsekretär ist so lang wie . . . komisch. Im Verein mit Friedel Schöngalla, welche die Maud spielte, erlebte er durch seine vortreffliche Komik in Haltung und Gebärde großen Heiterkeitserfolg und mehrfache Hervorrufe. Der persönliche Reiz, der den Erfolg einer Rolle macht, kam indes auch bei anderen Künstlern mehrfach zur Geltung. Leichte rhythmische Musik in den Hauptpartituren sorgt für die nötige Stimmung.

□ **Empfindliche Verluste bei Kartoffellieferungen.** Infolge Fehlens von Vorsatzbrettern in den Kartoffelwaggons laufen jetzt viele Wagen mit zentnerweisen Verlusten hier ein. In einzelnen Wagen fehlten sogar 30—40 Zentner Kartoffeln, was in dieser Zeit der Not empfindlicher Schaden bedeutet. Die Verluste entstehen dadurch, daß die Wagen an den Grenzkontrollstellen geöffnet werden und die Kartoffeln, sofern sie nicht durch Vorsatzbrettec gesichert sind, herausrollen. Es empfiehlt sich daher, die Absender der Kartoffelwagen auf diesen Umstand schleunigst aufmerksam zu machen.

= **Polizeibericht.** Mittels Einbruch wurden gestohlen: Aus einem Saal an der Castroperstraße zwei Mädchen-Mäntel, blau und grau, eine Anzahl Zigarren, Zigaretten und Likör; aus einer Waschküche an der Ottostraße eine Anzahl Wäscheteile, Seife und Seifenpulver; aus einem Keller an der Hunscheidstr. 10 Pfd. Schmalz, 10 Büchsen Milch, 80 Eier, zwei Flaschen Salatöl und ein Frottierhandtuch; aus einem Hausflur an der Kronprinzenstr. ein Fahrrad, Marke und Nr. nicht bekannt; einer Marktbesucherin auf dem Marktplatz eine Geldbörse mit 1 Milliarde 800 Millionen Mark aus der Manteltasche. — Zur Anzeige gelangten vier Personen, zwei wegen Diebstahls und zwei wegen Abtreibung.

k. **Von der städtischen Feuerwehr.** Dienstag nachmittag gegen 1,20 Uhr wurde die städtische Feuerwehr nach dem Hause Feldsiepenstraße 67 gerufen. Dort waren in den Kellerräumen mehrere Kisten und sonstiges Packmaterial in Brand geraten. Der Wehr gelang es, das Feuer recht bald wieder mit kleinem Löschzug zu dämpfen. — Gegen 3,30 Uhr nachmittags riß an der Ecke der Berg- und Gartenstraße die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn. Die herbeigerufene städtische Feuerwehr traf alle Vorrichtungen, um etwaige Gefahr für die Straßenpassanten abzuwenden.

= **Unerhört dreister Diebstahl.** Durch Einschlagen einer großen Schaufensterscheibe des Warenhauses Koppel entwendeten Diebe in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch einen wertvollen Damen-Pelzmantel, für dessen Wiederbeschaffung oder Ermittelung des Täters die Firma Koppel eine Belohnung von 15 Milliarden aussetzt. Neben dem Verlust des kostbaren Mantels erleidet die Firma auch noch den der zerschlagenen großen Schaufensterscheibe, die heute einen riesigen Wert darstellt. Gerade in den letzten Tagen waren die Koppel'schen Schaufenster besonders wirkungsvoll dekoriert worden. Es ist zu hoffen, daß der oder die Täter recht bald gefaßt werden.

k. **Empfindlicher Verlust.** Gestern vormittag wollte eine Frau mit ihrem Kinde in der Stadt Einkäufe machen. Als sie bereits mehrere Geschäfte besucht hatte und in einem letzten noch ein Scheuerbrett erstehen wollte, vermißte sie ihre Barschaft, die sie in einem Handkorbe mit sich führte. Eine Milliarde fiel den Taschendieben in die Hände.

—k— **Angefahren.** Gestern morgen gegen 10 Uhr wurde in der Kortumstraße die Witwe D. aus der Kaiserstraße von einem Radfahrer, einem Geschäftsmann aus Wattenscheid, angefahren und schwer verletzt. Frau D. wurde ins Krankenhaus geschafft. Der Radfahrer wurde vorerst festgenommen.

Für unsere kath. Leser.

Aus der westfälischen Zentrumspartei. Die auf den 11. Oktober anberaumte Sitzung des Provinzialausschusses und des Provinzialvorstandes der WZP. muß in Rücksicht auf die parlamentarische Lage auf Donnerstag, den 18. Oktober vertagt werden. Ort und Stunde bleiben unverändert.

Aus der Nachbarschaft.

re. Linden-Dahlhausen, 10. Okt. Beerdigung. Der Schlosser Otto Vorkötter, der bei der Ausübung seines Berufes in vergangener Woche auf der Zeche Friedlicher Nachbar—Baaker Mulde durch Absturz zu Tode kam, wurde unter zahlreicher Beteiligung am Sonntag nachmittag zur letzten Ruhe gebettet. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene war erst 24 Jahre und hinterläßt eine Frau mit einem kleinen Kinde. — Ernte. Seit einer Woche regnet es täglich andauernd. Der Landmann läßt die Dreschmaschine durchs Dorf heulen, um für das nötige Brotkorn zu sorgen. Besorgt aber ist er um die Kartoffelernte, die feuchte Witterung ist den Knollen nicht günstig; trockene Tage würden dazu beitragen, gesunde gute Kartoffeln einkellern zu können.

Aus den Provinzen.

* **Dortmund, 10. Okt.** Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Grundstück Zinkstraße 16. Der Vorarbeiter Ziebke und der Arbeiter Gräbe waren mit mehreren anderen Arbeitern mit dem Abbruch eines alten Gebäudes beschäftigt. Als in etwa 2 Meter Höhe eine Mauer umgelegt werden sollte, stürzte dem fallenden Mauerwerk ein dahinter stehendes schweres Gerüst nach. Während die übrigen Arbeiter noch rechtzeitig abspringen konnten, gelang es Z. und Gr. nicht mehr, sich in Sicherheit zu bringen. Sie kamen unter das Gerüst. Ziebke konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Gräbe wurde mit schweren Verletzungen in das Johanneshospital überführt. Die Arbeiten wurden bis zur Bestichtigung durch die Staatsanwaltschaft eingestellt. — Ueberfahren bei der Verhaftung. Nachts wurde ein Arbeiter, angeblich in Gevelsberg wohnhaft, von Beamten des 5. Polizeibezirks zwecks Feststellung seiner Personalien zur Wache in der Steinstraße geführt. Auf dem Wege dorthin wurde der Arrestant von einem plötzlich um die Ecke fahrenden Personenwagen überfahren. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte mittels Krankenwagens dem Luisenhospital überwiesen werden. Die begleitenden Polizeibeamten wurden von dem Auto zur Seite geschleudert und kamen ohne Verletzungen davon.

* **Dorimund, 10. Okt.** Stadtverordneten-Sitzung. Der Magistrat beantragte in der Sitzung der Stadtverordneten Erhöhung des städtischen Zuschlags der Wohnungsbauabgabe für das Rechnungsjahr 1923 auf 89 199 000 Prozent des Friedensnutzungswertes. Bürgermeister Dr. Fischer sprach für die Vorlage, die im Verhältnis zur Friedenszeit nicht so schwer belaste. Zweifellos sei die Wohnungsbauabgabe in ihrer Form recht mangelhaft, aber auch andere Steuergesetze seien nicht ideal und bedürften der Vereinfachung. In Berlin sei ein Gesetz in Vorbereitung, das die Wohnungsbauabgabe durch eine Mietsteuer ersetzen wolle. Bis diese Vorlage Gesetz werde, dürfe man aber die Wohnungsbauabgabe nicht ablehnen und die noch nicht fertigen Bauten stillegen. Die Wohnungsbauabgabe werde unrentabel, wenn sie in zu geringen Beträgen erhoben werde. Ein Zentrumsredner fordert die Heranziehung der jugendlichen Arbeiter usw. zur Wohnungsbauabgabe. Die Vorlage wurde mit 33 von 63 Stimmen angenommen unter Ablehnung der Doppelbesteuerung der gewerblichen Räume, die nur 25 Stimmen fand. Der Magistrat soll wegen Besteuerung der gewerblichen Räume neue Vorlage machen. Schließlich wurde als dringlich vom Magistrat die Anpassung der Vergnügungssteuer-Ordnung an die neuen Bestimmungen des Reichsrats über die Vergnügungssteuer verlangt und von den Stadtverordneten angenommen.

* **Milspe, 10. Okt.** Ueberfallene Schüler. Das Opfer eines Ueberfalles waren mehrere Schüler des Gevelsberger Gymnasiums, die in der Nacht von Voerde, wo sie an einem Feste teilgenommen, nach Gevelsberg wollten. In Milspe wurden sie von mehreren halbwüchsigen Burschen überfallen und mit dem Messer schwer mißhandelt. Einer der Schüler erhielt nicht weniger als drei Stiche in den Kopf. Kurze Zeit darauf überfielen dieselben Uebeltäter drei Milsper Schüler, denen es nicht besser erging. Der Polizei gelang es, die Schuldigen zu ermitteln und dingfest zu machen.

* **Hamm, 10. Okt.** Ein Straßenbahnschaffner geriet mit Fahrgästen wegen des Fahrpreises in Streit und wurde von einigen Personen angegriffen. Er erhielt einige Schläge über den Kopf, stürzte bewußtlos zusammen und starb einige Zeit darauf.

* **Hamm, 10. Okt.** Billionen-Diebin festgenommen. Hier ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine Frau aus Dortmund zu ermitteln und festzunehmen, die dort Kleidungsstücke und Schmucksachen im Werte von mehreren Billionen Mark gestohlen hat.

* **Duisburg, 10. Okt.** Straßenraub. In den Abendstunden wurde ein Mädchen von einem unbekannten Manne angehalten, der ihm Hut und Mantel entriß und damit das Weite suchte. In der Manteltasche befanden sich 160 Millionen Mark. Von dem Täter fehlt jede Spur.

* **Hamborn, 10. Okt.** Die Wohnungsnot. Recht zeitgemäß ist eine Ankündigung der Theaterleitung in Hamborn, in der die Direktion jedem, der ein Zimmer zur Verfügung stellt, ein Freiabonnement für die ganze Spielzeit 1923-24 verspricht.

Köln, 10. Okt. Wegelagerer. Drei Essener Arbeiter, Gebrüder, die eine Radtour gemacht hatten, wurden, nachdem sie sich vor dem Regen in einen Straßenbahnwarteraum geflüchtet und sich dort der nassen Röcke und Schuhe entledigt hatten, von 15 Wegelagerern überfallen und der Räder, Schuhe, Brieftaschen usw. beraubt, sodaß sie ohne Geldmittel und barfuß die Heimreise antreten mußten.

Gerichtszeitung.

Kriegsgericht.

a. Der Maurer Albert Labens und der Former Heinrich Flader aus Bochum hatten sich wegen Verstoßes gegen die Kohlentransportverordnung zu verantworten. Die Kohlen waren nicht von der Zeche abgeholt, sondern der eine hatte dem anderen aus seinem Keller diese gegeben, die er nach seiner Wohnung fuhr. Unterwegs wurde er von einem Feldgendarmen abgefaßt. Labens erhielt 1 Franken Geldstrafe gleich 65 Millionen Mark, Flader erzielte Freisprechung. — Zwei weitere Bergleute von hier, welche Kohlen von der Zeche mitgenommen hatten, erhielten je 4 Tage Gefängnis. — Der Arbeiter König aus Laer, welcher einem Luxemburger, der bei der französischen Regie beschäftigt war, ein Schimpfwort nachrief und ihm Schläge anbot, wurde zu zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter Heiduck von hier hatte von einem beschlagnahmten Lager der Zeche zwei Zentner Kohlen mitgenommen. Heiduck erklärte, daß er der Ernährer einer fünfköpfigen Familie sei und wochenlang einen nierenkranken Schwiegervater bei sich beherbergt habe. Diesem habe er täglich warme Umschläge machen müssen, die herzustellen er Kohlen für seinen Ofen benötigt habe, die er nicht mehr besessen. Von Nachbarn Kohlen zu leihen, sei ihm nicht möglich gewesen, da diese selbst unter der Kohlenknappheit zu leiden hätten. Was solle er nun in dieser Zwangslage tun. Er habe doch seinen Schwiegervater nicht ohne die schmerzlindernden Aufschläge im Bette liegen lassen können. Bei dieser Sachlage erkannte das Gericht auf Freisprechung.